Freitag, 21. Dezember 1923. Einzelnummer 30000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 289.

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsst. 2 000 000
bei den Ausgabest. 2 020 000
durch Zeitungsb. 2 040 000
durch Post inkl. Geb. 2 047 500
ins Ausland 2 500 000 p. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens... 20 000 M. Reklameteil 50 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr.

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 20 000 M. „ *) Reklameteil 50 000 M in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Was erwartet die deutsche Sejmfraktion vom neuen Kabinett?

Den Schritten, die nach dem Sturze des Kabinetts Witos von rechts und links unternommen wurden, um die neue Kabinettsbildung maßgeblich zu beeinflussen, stand die deutsche Fraktion verhältnismäßig uninteressiert gegenüber. Unsere Haltung wird wie bisher so auch in Zukunft nicht bestimmt von irgend welchen parteipolitischen Maximen, die die Parlamentsgruppen in ein Lager der Rechten und ein Lager der Linken scheiden; noch weniger von Motiven, die in parteipolitischem Eigennutz oder in unbefriedigtem Ehrgeiz wurzeln. Für uns handelt es sich einzig und allein darum, daß wir nach fünfjährigem vergeblichen Warten endlich ein Kabinett erhalten, das sich vorbehaltslos auch der deutschen Minderheit gegenüber auf den Boden der Verfassung und der internationalen Verträge stellt. Nicht nur dem Buchstaben nach. Mit ein paar billigen Redensarten, die die große Welt glauben machen sollen, Polen sei das Land vorbildlicher Toleranz, ist es nicht abgetan. Taten wollen wir sehen, die unsere bürgerliche Gleichberechtigung erweisen. Ob diese Taten, oder zunächst einmal nur der Wille zur Tat, aus dem Schoße eines Links- oder Rechtskabinetts oder aber aus dem vielleicht zeugungsfähigeren Schoße eines parteilosen Kabinetts geboren wird, ist für uns völlig belanglos. Der Mann, der am neuen Regierungstische präsidiert, muß sich rückhaltslos zu dem Bekenntnis verstehen, daß das bisherige Leitmotiv der „Entdeutschung des Landes“ ein falsches war, und er muß entschlossen sein, trotz aller wirklichen oder vermeintlichen Widerstände und unbeirrt durch sachliche oder persönliche Schwierigkeiten unseren Postulaten zu genügen.

Erst die Gewährung voller Gleichberechtigung weist uns die Stelle in der Gemeinschaft der Staatsbürger, von der aus wir unser Wollen und unsere Kraft innerhalb und außerhalb des Parlaments der Arbeit am Aufbau des Staates dienstbar machen können. Unsere Bereitschaft zu solcher selbstloser und opferbereiter Mitarbeit haben wir oft genug erklärt. Heute heißt es nicht, unseren Willen zur selbstverständlichen Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten nochmals zu bekunden. Heute gilt es von der Regierung zu fordern, daß sie endlich die Vorbedingung für die Betätigung dieses Willens schafft, daß sie Achtung bezeigt vor den Grundlagen unseres Rechtes.

Die magna charta für uns bleibt der Minderheitenschutzvertrag, als die Kodifikation einer lebendigen Rechtsidee. Diese Rechtsidee muß sich in gleicher Stärke auch in den Teilen des Staatsgebiets auswirken, in denen der Buchstabe des Vertrages nicht formale Geltung erlangt hat. Auch ihre Ausgestaltung und Fortentwickelung — im Genfer Abkommen, in denen Entscheidungen des internationalen Gerichtshofes und des Völkerbundrates — muß mit gleicher Bereitwilligkeit akzeptiert werden, wie der Schutzvertrag selbst. Es ist für uns unannehmbar, daß trotz der unzweifelhaften Meinungsäußerungen des Haager Tribunals und des Völkerbundrates die Entfernung der deutschen Ansiedler aus ihrem Besitz ihren Fortgang nimmt, daß eben diesen Entscheidungen zum Trotz das Wiederkaufsrecht nach wie vor den deutschstämmigen Ansiedlern gegenüber angewandt wird, daß uns unter Sabotierung der klaren Willensäußerung des Völkerbundrates unser Staatsbürgerrecht abgesprochen wird, daß unberechtigter Beanstandung des Staatsbürgerrechtes Amtsenthebungen Liquidationen und Ausweisungen auf dem Fuße folgen, daß die noch immer ungeklärte Frage der Option differenzieller Behandlung der deutschen Minderheit und Schikanen jeglicher Art Tor und Tür öffnet, daß nun gar, wie es im Agrargesetzentwurf geschieht, in glatter Verhöhnung des Gedankens der Gleichberechtigung ein großer Teil der deutschstämmigen ansässigen Bevölkerung mit Expropriierung und Landesverweisung bedroht wird. Solcher Bedrohung gegenüber verliert die in Paris kürzlich abgegebene Erklärung, daß Expropriierungen auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1922 sistiert werden sollen, jede Bedeutung. Auch mit solch billigem Zugeständnis, „Wer nun einmal um sein Eigentum gebracht sei, solle in Geld entschädigt werden,“ können wir uns nicht begnügen. Solche Wegzehrung gibt man fahrendem Volk, aber nicht landsässigem Bürgertum, das dem Staate willig seinen Tribut zahlt.

Die systematische Zerschlagung unserer deutschen Schule können wir nicht mehr schweigend mit ansehen. Wir verlangen, daß wir unverzüglich das uns durch die Verfassung zugesicherte Schulgesetz erhalten, und daß wir schon bei seiner Vorbereitung gehört werden.

Das ist, scharf umrissen, das, was wir von dem neuen Kabinett erwarten. Und nicht nur von ihm, sondern von dem gesamten ihm unterstellten Beamtenapparat. Es genügt nicht, daß Minister wohlgesetzte Verordnungen formulieren und befriedigende Anweisungen herausgeben, solange solche Verordnungen und Anweisungen von der nachgeordneten Beamtenschaft unbeachtet bei Seite gelegt werden dürfen. Jeder Beamte, vor allem jeder politische Beamte, der den zum Schutze der deutschen Minderheit gegebenen allgemeinen oder besonderen Weisungen nicht nachkommt, muß unnachsichtlich aus seinem Amte entfernt werden. Es geht unter keinen Umständen, daß Beamte und Schulmänner sich noch weiterhin der anerkennenden Zustimmung ihrer Vorgesetzten versichert halten dürfen, wenn sie deren im Interesse der deutschen Minderheit gegebene Weisungen in ihr Gegenteil verkehren.

Was wir verlangen, ist keine Sonderbehandlung, keine Vorzugsstellung; es ist nichts weiter, als die Verwirklichung der bürgerlichen Gleichberechtigung. Wer sie uns gibt, dem werden wir Gefolgschaft leisten, wer sie uns weigert, wird uns im Lager der Opposition finden. Bloßen Versprechungen gegenüber werden wir uns abwartend verhalten. Die sind uns schon oft genug gegeben, aber noch nie gehalten worden. Nur die Tat kann uns zu überzeugten Parteigängern der neuen Regierung machen.

Naumann,
Vorsitzender der Deutschen Fraktion im Sejm und Senat.

Das Kabinett Wladyslaw Grabski.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“)

Mit ganz außergewöhnlicher Spannung wurden die Versuche Thugutts, ein Kabinett zusammenzustellen, verfolgt. Herr Thugutt ist eine ausgesprochene politische Persönlichkeit. Sein Kabinett wäre daher absolut links gerichtet gewesen, wenn der kleine schwarze Herr, mit den lebhaften dunklen Augen, der während der zwei Tage seiner Bemühungen ununterbrochen die Treppen des Sejm auf und ab sprang, auch noch so sehr ein außerparlamentarisches Kabinett herbeizuführen gesucht hätte. Zuletzt hat er in einer unbegreiflichen Wendung den der Rechten verhaßtesten Mann in das Kriegsministerium gebeten. Mit diesem Augenblick waren alle Aussichten dahin, daß jemals eine Gruppe der Rechten, auch nicht die Christlich-Demokraten, sich dem Kabinett Thugutts anschließen würden. Und so kam es denn, daß einer der ehrenhaftesten, gebildetsten und am meisten geachteten Mitglieder des Sejm den Versuch, die Regierung zu gestalten, aufgeben mußte.

Nun ist Herr **Grabski** Premier und Finanzminister. Er war es unter Sikorski. Er war es während der ersten Zeit in der Piast-Rechtsregierung, ehe der Tanz der stets wechselnden Personen an der Spitze dieses am meisten gequälten Ministeriums begann. Man hat ihn [illegible] in frischer Erinnerung. Von ehrlichem Drange erfüllt, die Finanzen zu retten. Dabei mehr Theoretiker als Praktiker, und zwar versteift auf das, was er akademisch als richtig herausgefunden zu haben glaubt. Auf ihn geht auch der ganze Plan Kucharskis, jener unglücklichsten Figur unter den zahlreichen polnischen Finanzministern der letzten Zeit, zurück, die Valorisierung der Steuern, die Einführung des Zloty und die Errichtung der Emissionsbank durchzuführen, die die Umwandlung der Währung vorzunehmen hat. Man weiß, wie sich der englische Sachverständige, Hilton Young, diesen Plänen widersetzt hat, kennt seinen Konflikt mit dem hartnäckigen Kucharski, der das „Buchhalterkunststückchen“ (das Wort stammt vom „Kurjer Poranny“) eines Budgets ohne Defizit vorlegte, an das kein Mensch glaubte, der von einer theoretischen Stabilisierung der Mark sprach (seit Herr Kucharski von dieser Stabilisierung geredet hatte, ist der Dollar von 1,6 auf ungefähr 7 Millionen gestiegen) und der anläßlich dieser merkwürdigen „Stabilisierung“ schon gegen Ende März oder April die Emissionsbank in Tätigkeit setzen will. Nun ist Herr Grabski von den Mitgliedern des christlichen Volksklubs genau ausgefragt worden, und siehe da, was Herr Grabski über seine Finanzpläne zu sagen wußte, unterschied sich eigentlich kaum von den Ideen, mit denen Herr Kucharski — und leider auch seine Finanzen — beglückt hat. Also auch er gibt sich der utopistischen Hoffnung hin, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, die Stabilisierung der Mark herbeizuzaubern und dann möglichst rasch Emissionsbank nebst Währungsänderung vom Stapel gehen zu lassen. Diese Feststellungen sind sehr wichtig. Denn das einzige Programm, das Herr Grabski hat, das Programm, mit dem er sein Kabinett zusammenkitten und sich eine Mehrheit zusammenschmieden will, ist eben die Parole, „die Finanzen müssen saniert werden“. Nach dem, was Herr Grabski bisher gesagt hat, ist es zweifelhaft, ob er für dieses Wunderwerk der Sanierung den Zauberschlüssel gefunden hat.

Herr Grabski ist ehemals Nationaldemokrat gewesen, dann aber aus der Partei ausgetreten. Was Wunder, daß man auf seiten der Linken — und wohl auch der Rechten — sich bei dem außerparlamentarischen und rein zur Rettung der Finanzen geformten „unpolitischen“ Kabinett, nicht anders denkt, als daß es sich hier um ein nach rechts hinüberneigendes und bei nächster Gelegenheit ganz nach dieser Seite hinüberfallendes Kabinett handelt. Bezeichnend ist die Haltung der Parteien und Gruppen, an die sich Herr Grabski wandte, und er hat mit allen Gruppen, selbst mit den vier Männern der Bauernkommunisten Okoń, verhandelt. Die Parteien der Rechten haben ihm alle mehr oder weniger deutlich versprochen, ihm bei der Sanierung des Schatzes zu helfen, — so die Nationaldemokraten. Die christlichen Volksbündler haben wenigstens keine gegnerische Haltung eingenommen, die christlichen Demokraten haben einige Personalveränderungen verlangt. Sie waren vor allem mit dem Arbeitsminister Darowski nicht zufrieden, weil er angeblich nach Moskau liebäugle, aber er ist doch geblieben, — er war übrigens einmal Mitglied der Nationalen Arbeiterpartei, ehe er Minister im früheren Kabinett wurde. Aber er ist doch Minister geblieben. Die Piasten, oder besser der Rest, der nach dem Austritt der Bryl-Gruppe verblieben ist, will Grabski ebenfalls bei der Finanzsanierung unterstützen, und dann weiter sehen. Die Brylgruppe selbst, sie zählt 14 Mitglieder, ist beleidigt und wird Opposition treiben, denn keiner von ihnen ist Minister geworden. Die nationalen Arbeiter geben eine gewundene Erklärung ab. Die Wyzwolenie hatte schwere Bedenken gegen den zuerst in Aussicht genommenen Innenminister Moskalewski, der sehr nach der Nationaldemokratie hinüberschielte, und nun hat Herr Grabski statt seiner den Wojewoden von Warschau, Sołtan, der ebenfalls von der Rechten herstammt, gestellt. Die Sozialisten machen nicht direkt Opposition, drücken sich aber ungenau hinsichtlich ihrer Haltung aus. Sie machten nur entschieden Opposition gegen den Eisenbahnminister Nossowicz, den sie für die Streiks verantwortlich machen, der aber von Grabski zuerst beibehalten wurde. Dagegen wurde, wie bereits gesagt, der auch von den Sozialisten bekämpfte Moskalewski beseitigt. Und ebenso der geplante Außenminister Skirmunt. Also ist diese Partei eher oppositionell als der Regierung freundlich. Die Minderheiten haben keine Veranlassung, mit Herrn Grabski besonders zu sympathisieren. Der Kultusminister Mikłaszewski wurde von den Juden abgelehnt. Er ist es gewesen, der in der Handelshochschule in Warschau, an der er bisher Rektor war, den gesetzlich nicht bestehenden Numerus Clausus einführte, und an diesem Handelsinstitut die Juden nach Möglichkeit ausschloß. Die Ernennung dieses Herrn mußte wie eine Herausforderung der Juden erscheinen. Auch gegen den Kriegsminister Sosnkowski empören sich die Juden, weil er 1920, bei dem Bolschewistenaufstand die jüdischen Freiwilligen als unzuverlässig hat internieren lassen. Die Deutschen haben von dem Kabinett Grabski nach den bisherigen Äußerungen des Premiers wenig oder nichts zu erwarten und sie haben vorläufig nicht die geringste Veranlassung, dieses Kabinett zu unterstützen. Es bedarf keiner Erwähnung, daß die Deutschen als loyale polnische Bürger ehrlich bestrebt sein wollen, alles zu tun, was die Sanierung der Finanzen ermöglichen kann. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit nur an die Bereitwilligkeit, mit der die deutschen oberschlesischen Industriellen große Summen als Steuervorausbezahlung bewilligt haben, worüber sich selbst Korfanty mit, in deutschen Ohren von polnischer Seite kommend, ganz ungewöhnlich freundlichen Tönen geäußert hat. Aber Herr Grabski hat auf die Frage, wie er die Rechte der Polendeutschen zu sichern gedenke, nichts anderes zu antworten gewußt, als daß gerade die Sanierung des Schatzes es bedenklich erscheinen lasse, jetzt mit Zusicherungen hervorzutreten, die nur das Land beunruhigen würden. Unter solchen Verhältnissen hat der deutsche Klub keine Veranlassung, sich für die Regierung Grabskis einzusetzen. An eines darf bei dieser Gelegenheit wohl erinnert werden. Eine Regierung, die die Sanierung der Finanzen anstrebt, hat vor allen Dingen für ihren guten Ruf im Ausland zu sorgen, und so wäre das wenigste gewesen, daß Herr Grabski in seinem eigenen Interesse und dem Polens hätte unzweideutig geloben müssen, daß er die Völkerbundbeschlüsse streng ausführen werde. Auch England, das seinen Sachverständigen Hilton Young zur Erforschung des polnischen Finanzgebietes und der Verhältnisse nach Polen entsandt hat, England, auf dessen Urteil Polen, schon wegen einer eventuellen englischen Anleihe, den größten Wert zu legen hat, wird sich doch kaum zu der Ansicht bekehren lassen, daß in Polen bezüglich der unter besonders tätiger Mitwirkung Lord Robert Cecils zustande gekommenen Völkerbundbeschlüsse alles in schönster Ordnung sei —, nur weil der Herr Minister keine Versprechungen machen will, „die das Land beunruhigen“! — Soeben, da wir diesen Brief abschließen, kommt die Nachricht, daß statt des von den Arbeitern energisch abgelehnten bisherigen Eisenbahnministers Nossowicz, ein gänzlich neutraler Mann, der frühere Direktor einer Privatgesellschaft in Rußland, Tyszka, zum Eisenbahnminister ernannt worden ist. Hiermit ist ein Hindernis für die Sozialisten hinweggeräumt. Die Ministerliste sieht also jetzt so aus: Finanzminister und Ministerpräsident: Władysław **Grabski**; Leiter des Ministeriums des Äußern: Karl **Bertoni**; Minister des Innern: Władysław **Sołtan**; Kriegsminister: General Kazimierz **Sosnkowski**; Unterrichtsminister: Dr. Bolesław **Mikłaszewski**; Leiter des Landwirtschaftsministeriums: Dr. Josef **Raczyński**; Eisenbahnminister: Kazimierz **Tyszka**; Justizminister: Wacław **Wygonewski**; Industrie- und Handelsminister: Ingenieur **Kiedroń**; Arbeits- und Wohlfahrtsminister: Ludwig **Darowski**; Leiter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten: Ingenieur Mieczysław **Rybczyński**; Agrarreformminister: Zdzisław **Ludkiewicz**.

•

Die Nationaldemokraten sprechen Herrn Kucharski ihre Anerkennung aus.

Die Sejmfraktion des Nationalen Volksverbandes stellte nach einem Bericht des früheren Finanzministers Władysław Kucharski die Tragweite der von ihm auf dem Gebiete der Sanierung der Finanzen geleisteten Arbeit fest und drückte ihm ihre Anerkennung sowie Bedauern darüber aus, daß diese Arbeit unterbrochen wurde

Sosnkowski und Pilsudski.

Die in der Unterzeichnung der neuen Kabinettsliste durch den Staatspräsidenten eingetretene Verspätung wird darauf zurückgeführt, daß der Minister Sosnkowski Vorbehalte machte bezüglich der Teilnahme Piłsudskis an den Arbeiten im Heere als Vorsitzender des Kriegsrates. Schließlich nahm General Sosnkowski das Portefeuille des Kriegsministers vorbehaltlos an.

Herr Grabski hat sein Amt übernommen.

Am Mittwoch abend hielt der neue Ministerpräsident im Präsidium des Ministerrats eine längere Konferenz mit dem früheren Ministerpräsidenten Witos ab, worauf er die Amtsgeschäfte übernahm.

Rücktritt Marjan Seydas.

Der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Dr. Marjan Seyda, hat am Dienstag sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Ein Sendschreiben der polnischen Bischöfe.

Warschauer Blätter veröffentlichen den Wortlaut eines von 21 polnischen Bischöfen mit dem Primas Kardinal Dalbor und dem Kardinal Kakowski an der Spitze an die Gläubigen in ganz Polen gerichteten Sendschreibens. Die Bischöfe weisen darin auf die innere Zerrissenheit der Bevölkerung und die daher drohenden Gefahren hin und fordern die Gläubigen auf, an den Tagen der Buße und Zerknirschung, die auf den 29. und 30. Dezember angesetzt wurden, eifrig um die Errettung des Vaterlandes und die Beruhigung der Gemüter im Lande zu beten. An den genannten Tagen werden in ganz Polen feierliche Gottesdienste stattfinden.

Aus der Tätigkeit der deutschen Sejmfraktion.

Das höhere Privatschulwesen in Posen und Pommerellen.

Von dem Abg. Daczko und anderen Abgeordneten der Deutschen Vereinigung im Sejm ist folgende Interpellation eingebracht worden:

„Das deutsche höhere Privatschulwesen in Pommerellen und Posen erfreute sich bis zum Schlusse des vorigen Schuljahres einer gewissen Blüte und genügte der deutschen Minderheit in Polen. Die Eltern und Freunde der deutschen Schule scheuten nicht die Aufbringung der großen Unterhaltungskosten. Die in Art. 9, Abs. 2 des Minderheitenschutzvertrages vorgesehenen anteiligen Kosten des Staates, der Kreise, der Städte oder andere öffentliche Mittel zur Unterhaltung der deutschen Unterrichts- und Erziehungsanstalten blieben völlig aus. Obgleich der Staat zu den Unterhaltungskosten der Schulen nichts beiträgt und die staatlichen Visitatoren sich nur selten von den guten Leistungen und den Fortschritten der Schüler in den deutschen Privatschulen persönlich überzeugt haben, sind von den Kuratorien in Thorn und Posen Verordnungen erlassen, die unser auf der Verfassung und auf dem Minderheitenschutzvertrag rechtlich begründetes deutsches höheres Schulwesen einschränken und womöglich zerschlagen. Sie nehmen das Recht der Beaufsichtigung des Privatschulwesens, das der deutschen Minderheit laut Art. 109 der Verfassung und Art. 8 des Minderheitenschutzvertrages zuerkannt ist, für sich allein in Anspruch. In den Urkunden, welche den Leitern der Anstalten zugehen, ist neuerdings der Satz enthalten, daß das Recht der Beaufsichtigung und der Erteilung pädagogischer Fingerzeige einzig und allein dem Bezirksschulkuratorium und dessen Organen zusteht und keine andere Organisation in dieser Hinsicht tätig sein darf. Dem Staate steht selbstverständlich nach der Verfassung in erster Linie das Aufsichtsrecht zu. Wir erblicken aber in der obigen Maßnahme eine Beschränkung des uns auf Grund internationaler Verträge zustehenden Rechtes. Mit dem Recht der Beaufsichtigung ist aber auch die Pflicht der Fürsorge für diese Privatschulen verbunden. Die Bezirksschulkuratorien, namentlich das in Thorn, haben diese Pflicht nicht erkannt, denn sonst hätte es nicht geschehen können, daß durch die Versagung der Konzession eine Reihe von blühenden Anstalten geschlossen werden mußte. Das ist geschehen in Zempelburg, wo man dem langjährigen Leiter Wurlitzer, der alle Leiterqualifikationen besaß, nicht die Genehmigung erteilte auf Grund falscher Berichte des seines Amtes bereits enthobenen Starosten. In Tuchel wurde dem Pfarrer Wendlandt und später dem Lehrer Urban die Leitungsbefähigung abgesprochen. Da auch die deutsche Volksschulklasse einging, blieben mehr als 100 Kinder ohne eine deutsche Schule, und es wurden auch Schüler der Gymnasialklassen bis zur Untertertia zwangsweise der polnischen Volksschule überwiesen, wie es die beigefügte Abschrift des Kreisschulinspektors beweist. In Schwetz ging die etwa 130 Kinder zählende höhere deutsche Privatschule aus Mangel an einem geeigneten Leiter ein. In Mewe erhielt der Pfarrer Klapp, der drei Jahre lang die Schule geleitet hatte, nicht die weitere Genehmigung dazu. In Kulm wurde die deutsche Privatschule aufgelöst, weil dem bisherigen Leiter, Pfarrer Frese, die Leitung entzogen wurde. Die Lehrerin Frl. Weste erhielt auf den Antrag zur Eröffnung einer deutschen Mittelschule (Szkoła wydziałowa) einen ablehnenden Bescheid mit der Begründung, daß die in Frage kommenden Schüler in der deutschen Volksschule gut untergebracht wären. Die Antwort des Bezirksschulvereins fügen wir bei. Dem evangelischen Pfarrer in Löbau wurde mitten im Schuljahre die Leitung der deutschen Privatschule entzogen und die Schule somit aufgelöst. Ebenso konnten die Privatschulen in Briesen und Strasburg aus Mangel an einem geeigneten Leiter nicht eröffnet werden. Die gutgehende, mit recht tüchtigen Lehrkräften versorgte deutsche Privatschule in Filehne wurde vom Bezirksschulkuratorium in Posen ohne Angabe von Gründen aufgelöst und den aus anderen Wojewodschaften stammenden Schülern die Aufnahme in das deutsche Gymnasium in Lissa verboten. In Konitz wurde mit Genehmigung des Bezirksschulkuratoriums in Thorn am 1. September 1923 ein achtklassiges Gymnasium eröffnet, nach etwa vier Wochen aber die Schließung der beiden oberen Klassen angeordnet und dann noch am 1. November 1923 dem konzessionierten Leiter die Leitungsbefugnis entzogen, weil sein polnisches Staatsbürgerrecht ganz unerwartet in Zweifel gezogen worden war. Auch dem Progymnasium in Stargard werden in Bezug auf die Verwendung der Lehrkräfte in den mittleren Klassen Schwierigkeiten gemacht. — Bei den Ablehnungen der Gesuche um Konzessionierung der deutschen höheren Privatschulen berufen sich die Schulkuratorien auf alte Verordnungen des preußischen Unterrichtsministeriums. In Preußen gab es keine Minderheitsschulen. Die deutsche Minderheitsschule in Polen verdankt ihre Entstehung dem Versailler Friedensvertrag bzw. dem Minderheitenschutzvertrag. Für ihren Ausbau müssen besondere Gesetze geschaffen werden. In dem Gesetz über Gründung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 12. Februar 1922, Art. 18, ist die gesetzliche Regelung zur Gründung und Unterhaltung der Minderheitsschulen in Aussicht genommen. Die Antwort des Herrn Unterrichtsministers vom 7. Juni 1923, Nr. 1275/23 S. auf unsere Interpellation vom 23. April 1923 stellt uns in Aussicht, daß der Gesetzentwurf über die Minderheitsschulen sich in Vorbereitung befinde und in einer gewissen Zeit dem Sejm vorgelegt werden soll. Solange ein solches Gesetz nicht vorliegt, dürften alte Verordnungen und Gesetze, die unter ganz anderen Verhältnissen gegeben sind, nicht zur Anwendung kommen. Unseres Erachtens dürften in der Übergangszeit nur die zu treffenden Bestimmungen des Genfer Abkommens vom Mai 1922 in Frage kommen, da dieses als eine ausführliche Interpretation des Minderheitenschutzvertrages anzusehen ist, und weil bei den Beratungen zu demselben das Minderheitenschutzgesetz zugrunde gelegt wurde.

Die Gründe der Versagung der Konzession zur Eröffnung von deutschen Privatschulen waren hauptsächlich folgende: 1. Die Leiter und Lehrer wären nicht im Besitze des polnischen Staatsbürgerrechts, oder ihr Staatsbürgerrecht wäre zweifelhaft. 2. Sie beherrschten nicht die polnische Sprache in Wort und Schrift. 3. Evangelischen Geistlichen wurden die Leitungsqualifikationen abgesprochen.

Wenn das Unterrichtsministerium in seinem Erlaß vom 18. Oktober d. Js., Nr. 10217/I darauf hinweist, daß die Bezirksschulkuratorien eine weitgehende Nachsicht bekundeten, indem sie den Lehrkräften, die den Nachweis über ihr polnisches Bürgerrecht nicht beibringen konnten, während des ganzen Schuljahres 1922/23 die Lehrerlaubnis erteilten in der Erwartung, daß sie oder die Schulvereine die Frage des Staatsbürgerrechts in Ordnung bringen würden, so müssen wir darauf bemerken, daß die Beibringung dieses Nachweises nicht von den in Frage kommenden Personen, sondern von den staatlichen Behörden (Województwo und Ministerium des Innern) abhing. Die Gesuche wurden sofort, als es die Schulbehörde verlangte, eingereicht, aber noch in keinem Falle ist gemäß Art. 91 des Versailler Vertrages eine Entscheidung getroffen worden.

Das Bezirksschulkuratorium in Posen hat daher auch einigen Lehrern an den höheren deutschen Privatgymnasien, deren Staatsbürgerrecht noch zweifelhaft ist, die Lehrerlaubnis so lange erteilt, bis über ihr Staatsbürgerrecht eine endgültige Entscheidung getroffen worden ist. Das Bezirksschulkuratorium in Thorn hat dies Entgegenkommen nicht bewiesen. Im Genfer Abkommen ist bestimmt worden, daß an den Minderheitsschulen reichsdeutsche Lehrer während der Dauer von 15 Jahren Verwendung finden dürfen.

Die Forderung, daß der Schulleiter der deutschen Privatschule die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen müsse, mit der Begründung, daß ihm die Erziehung und der Unterricht der zukünftigen Bürger des polnischen Staates anvertraut sei, können wir als mit der Verfassung und dem Minderheitenschutzvertrag vereinbar nicht anerkennen. Der Unterricht vollzieht sich mit Ausnahme des polnischen Sprachunterrichts in deutscher Sprache. Der erzieherische Einfluß auf die Kinder ist von der Kenntnis der polnischen Sprache ganz unabhängig. Die Beaufsichtigung des polnischen Sprachunterrichts durch den polnischen Schulvisitator oder Schulinspektor allein dürfte auch ausreichen. Eine solche einschränkende Bestimmung bei der Qualifikation des Schulleiters an den deutschen Minderheitsschulen tritt in dem Genfer Abkommen vom 22. 5. 1922 nicht hervor.

Das Bezirksschulkuratorium in Thorn erteilt grundsätzlich keinem evangelischen Geistlichen die Leitungsbefugnis, selbst wenn es sich um kleine Schulen mit einschließlich der 4. Klasse (Untertertia) handelt. Es stützt sich dabei auf eine Verordnung des preußischen Unterrichtsministeriums vom 26. 11. 1877, die in der Praxis schon lange außer Kraft gesetzt war. Bei dem Übergang der ehemaligen preußischen Gebietsteile unter die polnische Staatshoheit waren sowohl evangelische als auch katholische Geistliche als Schulleiter nebenamtlich tätig, z. B. in Tuchel und Zempelburg. Gegenwärtig sind katholische Geistliche, die keine Abiturientenprüfung abgelegt, kein Universitätsstudium genossen und kein Lehrbefähigungsexamen nachweisen können, als Direktoren von Mittelschulen, sogar als Schulvisitatoren beim Schulkuratorium tätig; evangelische Geistliche, die sich schon jahrelang als Lehrer an Privatschulen bewährt haben, erhalten diese Genehmigung nicht.

Dem Schulkuratorium in Thorn war es wohl bekannt, daß die deutschen höheren Privatschulen an einem großen Lehrermangel leiden, auch keine Schulleiter hatten, die nach ihren Grundsätzen ausreichend qualifiziert waren; es fand aber keine Mittel und Wege, um dafür zu sorgen, daß in ihnen der Unterricht ordnungsmäßig aufrecht erhalten wäre. Aber es kam ihm ja darauf auch gar nicht an, es war ihm nur recht, daß eine deutsche Schule nach der anderen aufgelöst und so das deutsche höhere Privatschulwesen vernichtet wurde.

Den Herren Unterrichtsministern waren diese Fälle auch bekannt, aber sie nahmen auf unsere vielfachen Beschwerden einen ablehnenden Standpunkt ein oder gaben uns, wie z. B. in dem Falle Wurlitzer in Sępolno überhaupt keine Antwort.

Unter Bezugnahme auf die obigen Ausführungen fragen wir daher den Herrn Minister: 1. Ist er bereit, zu veranlassen, daß die geschlossenen deutschen höheren Privatschulen in Posen und Pommerellen konzessioniert werden? 2. Will er dafür eintreten, daß den hier im Lande schon länger als 10 Jahre im privaten und öffentlichen Schuldienst stehenden Lehrern das polnische Staatsbürgerrecht verliehen werde? 3. Wird der Herr Minister grundsätzlich anordnen, daß den evangelischen Geistlichen die Leitungsbefugnis für kleine Privatschulen erteilt werde? 4. Will der Herr Minister von der Forderung absehen, daß die Schulleiter die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen?

Warschau, den 11. Dezember 1923.

Die Interpellanten.

Die Beantwortung der Interpellation über die Ausweisung Deutscher aus Graudenz und Thorn.

Am 10. Dezember ging dem Sejmmarschall folgendes Schreiben des Ministerpräsidenten Witos zu: „Infolge Ablaufs des sechswöchigen Termins für die Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Daczko u. a. in Sachen der Ausweisung von Personen deutscher Nationalität aus Graudenz und Thorn, übersandt durch das Schreiben des Herrn Marschalls vom 17. Oktober 1923 Nr. 915/I, habe ich die Ehre mitzuteilen, daß die Regierung die Antwort mit einer gewissen Verspätung erteilen wird, weil die angeordneten Erhebungen durch das beteiligte Ministerium noch nicht abgeschlossen sind. Der Ministerpräsident. (—) Witos."

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Rußland.

Im Verfolg der Verhandlungen zwischen der polnischen und der sowjetrussischen Regierung in der Frage der Anerkennung des Verbandes der sozialistischen Räterepubliken durch Polen, erfolgte am 13. und 14. d. Mts. ein Notenaustausch zwischen beiden Regierungen in dieser Frage.

Die Note des polnischen Außenministers Roman Dmowski, die am 13. d. Mts. dem bevollmächtigten Gesandten Leonidas Obolenski in Warschau eingehändigt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Herr Minister! Die polnische Regierung bestätigt hierdurch vorigen Schreibens der Herren Volkskommissare für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, vom 23. 7. 1923 über die Bildung des Verbandes der sozialistischen Räterepubliken und des vorigen Schreibens der Herren Volkskommissrae für auswärtige Angelegenheiten der russischen sozialistischen Föderativrepublik, der ukrainischen sozialistischen Räterepublik und der weißrussischen sozialistischen Räterepublik. Die polnische Regierung nimmt zur Kenntnis, daß auf Grund der Erklärungen und der Abkommen, die am 6. 7. d. Js. als Verbandsverfassung getroffen wurden, ein Verband sozialistischer Räterepubliken bei gleichzeitiger Bewahrung der souveränen Rechte der Republiken, die zum Verbande gehören, gebildet wurde, und daß der Verband der sozialistischen Räterepubliken die Ausführung der Traktate und der Abkommen, die durch diese Republiken mit anderen Staaten geschlossen wurden, übernimmt. Gleichzeitig ist die polnische Regierung mit der Beibehaltung normaler diplomatischer Beziehungen zu der Regierung des Verbandes der sozialistischen Räterepubliken einverstanden."

Der Text der Note des Kommissars für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, die am 14. d. Mts. dem Charge d'Affaire der Republik Polen in Moskau, Kazimierz Wyszyński, überreicht wurde, lautet:

„Sehr geehrter Herr Charge d'Affaire! Indem die Verbandsregierung den Empfang der Note der polnischen Regierung vom 13. 12. 1923 bestätigt, nimmt sie mit Befriedigung die in der Note enthaltene Anerkennung des Verbandes der sozialistischen Räteregierungen de jure sowie das Einverständnis der polnischen Regierung zur Kenntnis, die diplomatischen Beziehungen, die Polen bisher mit den einzelnen Republiken des Verbandes unterhielt, mit dem Verbande der sozialistischen Räterepubliken beizubehalten. Die Verbandsregierung bestätigt nochmals, daß sie die Ausführung des durch die russische sozialistische Föderation der Räterepubliken, die ukrainische sozialistische Räterepublik und die weißrussische sozialistische Räterepublik unterzeichneten Rigaer Traktates und sämtliche andere Abmachungen und Konventionen, die durch diese Staaten mit Polen abgeschlossen wurden, auf sich nimmt. Zur weiteren Präzisierung der freund-

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von **Karl Ettlinger**.

(23. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Es schien reichlich viel Lust unter den Zuschauern vorhanden, diesen freundlichen Vorschlag in die Tat umzusetzen. Das Extrablatt, über das Bohnkraut sich so gefreut hatte, hatte die Stimmung der Breckendorfer Bevölkerung auf Siedehitze gebracht. Wie der Säuferwahnsinnige weiße Mäuse, so sahen die guten Stickstöffler jetzt allenthalben Räuber und Mörder und schwelgten in wilden Lynchgelüsten. Von allen Seiten drängten sich Menschen mit drohenden Gesten an die Gruppe heran; die Schutzleute hatten die größte Mühe, den Verhafteten vor Mißhandlungen und Schlimmerem zu schützen. Daß ein Spaziergänger den tobenden Eduard erreichte und ihm derb auf den Hut fuhr, konnten sie trotzdem nicht hindern.

„Ihr Breckendorfer Strohköpfe!" schimpfte Eduard außer sich. „Verdient gar nichts Besseres, als daß Ihr bis aufs Hemd ausgeplündert werdet!"

Man kann nicht sagen, daß diese Äußerung dazu beitrug, die Menge freundlicher gegen ihn zu stimmen.

„Erst hat er einen bestohlen, und dann hat er ihn noch totgeschossen!" hieß es jetzt schon. „Seht den Kerl nur an! Das sieht man ja schon auf hundert Schritte, was das für einer ist! Und frech sein will der auch noch!" Wo der angeblich Totgeschossene hingeraten sein konnte, und daß sich ein Leichnam nicht in der Luft aufzulösen pflegt, daran dachte die Menge mit gewohnter Massenlogik nicht.

„Das ist einer von den Eisenbahnräubern!" stellte plötzlich der Mann fest, der immer alles weiß und der bei keinem Straßenauflauf fehlt. — „Giftmischer!" . . . „Mörder!" . . . „Bringt ihn doch um!!" . . . „Endlich haben sie den Rädelsführer von der ganzen Bande erwischt!" . . . „Lange genug hat's gedauert!" meinte kritisch ein Politiker. Sofort widersprach ihm ein staatserhaltendes Element. „Die Polizei kann auch nicht hexen! Gut Ding will Weile haben. Werden Sie doch Polizeipräsident, wenn Sie's besser verstehen!"

Klatsch! hatte Eduard wieder eins auf dem Hut. „Hurra!" johlte die Menge. Er ergab sich in sein Schicksal. Willenlos ließ er sich von den Schutzleuten führen. „Gut, ich gehe mit. Meinetwegen! Aber das sage ich Euch jetzt schon: gut wird Euch der Mißgriff nicht bekommen!" — „Abwarten!" grinste der eine Gesetzeshüter. „Nur immer abwarten! Vorerst werden Sie sich mal wegen der Schießerei, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung zu verantworten haben. — Vorwärts, nicht so langsam gehen! Sonst werden wir Dir Beine machen!"

„Nur immer heran, meine Herrschaften!" schrie im Ausruferton ein Spaßvogel. „Nur hier sieht man die allein echten, lebenden Raubmörder! Das ist kein Trick! Das muß man gesehen haben, da muß man hineingetreten sein! Und wenn Sie fragen, meine Herrschaften, was kostet das? Das kostet keine fünf Mark, das kostet keine drei Mark, das kostet keine zwei Mark, das hat man hier alles umsonst; Kinder vom Feldwebel abwärts die Hälfte!"

Als der Zug an der Polizeiwache angekommen war, beförderte der eine Schutzmann den Arrestanten mit einem Schubs in das Wachtlokal, während der andere vor der Türe mit ausgebreiteten Armen die nachdrängenden Neugierigen zurückhielt. Er machte das ausgezeichnet; man sah, er hatte Übung darin.

Eduard Bohnkraut sah sich mißmutig im Lokal um: ein sparsam beleuchtetes Zimmer mit vergitterten Fenstern. An den Wänden allerlei Bekanntmachungen und Anschläge. „Rauchen verboten!", „An- und Abmeldungen nur an Wochentagen zwischen 2 und 4 Uhr nachmittags!" und ähnliches. In der Mitte des Zimmers, hinter einem Verschlag, ein Schreibtisch, bedeckt mit allerlei blaudeckeligen Akten, zwischen denen sich einige abgegriffene Broschüren, Anweisungen für den Polizeidienst, herumtrieben. Hinter dem Tisch ein älterer, gutmütig aussehender Mann, der durch seine Brille den vorgeführten Eduard gemächlich betrachtete.

„Da haben wir ihn, Herr Kommissar!" — „Jawohl, da habt Ihr mich!" fauchte Bohnkraut. „Könnt Euch was darauf einbilden, harmlose Bürger einzufangen, Ihr Musterpolizei!"

„Nur keine Aufregung!" besänftigte der Kommissar. „Immer eins nach dem anderen! Grobheiten haben hier gar keinen Zweck und verschlechtern höchstens Ihre Lage!" — „Ich will mich aber aufregen!" krakehlte Eduard. „Ist mein gutes Recht als freier Bürger der Vereinigten Staaten, mich so viel aufzuregen, wie ich Lust habe! Zu jeder Tages- und Nachtzeit! Kann sogar Nervenschocks kriegen, wenn mir's paßt! Geht die Polizei gar nichts an! Was soll das überhaupt heißen: „Da haben wir ihn?" Klingt ja beinahe, als ob man mich erwartet hätte!"

Der Kommissar lächelte freundlich. „Das haben wir auch. Sie waren uns bereits gemeldet, wenn auch nicht in besonders liebenswürdiger Form." Und ihm überrumpelnd einen Zettel vor die Nase haltend, fragte er den Verhafteten: „Kennen Sie diese Handschrift?" — Eduard trat unter den Leuchter, um besser sehen zu können, und las: „Wenn Sie den größten Hanswursten, den Breckendorf zurzeit beherbergt, ein paar Löcher in die Luft schießen sehen wollen, dann begeben Sie sich heute abend zwischen acht und neun Uhr in die Quellenstraße! Ein Freund der staatlichen Ordnung."

„Go to hell!" brüllte Eduard. „Das ist Rechtsanwalt Meier III." — Der Kommissar fuhr auf. „Rechtsanwalt Meier III? Der von der Kriminalpolizei gesucht wird?" — „Und nicht gefunden wird! Jawohl! Meier III, der mir mein Haus gestohlen hat, der mir vorhin eine kannibalische Ohrfeige geblitzt hat und dessen Hinterfront ich leider verfehlt habe, als ich ihm nachschoß!"

„Demnach wären Sie Herr Bohnkraut?" — „In Lebensgröße. Hätten mich die zwei uniformierten Hausknechte nicht festgehalten, so stünde jetzt vermutlich Meier III vor Ihnen, statt meiner! Es ist zum Jungehundekriegen!"

(Fortsetzung folgt.)

schaftlichen Beziehungen zwischen dem Verbande der sozialistischen Räterepubliken und Polen erteilt die Verbandsregierung der polnischen Regierung das Recht, unabhängig von der abzuschließenden Konsularkonvention, unverzüglich Generalkonsulate in Charkow und Minsk zu eröffnen, wobei sie damit einverstanden ist, daß an der Spitze dieser Konsulate Personen stehen, die formelle Mitglieder der polnischen Gesandtschaft in Moskau sind. Die Verbandregierung erklärt ihre Bereitwilligkeit zur Regelung des Optionsrechts und der Repatriation der polnischen Bürger aus den Teilen des Verbandes, auf die sich bisher die entsprechenden Artikel des Rigaer Traktats nicht bezogen."

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Die französische Industrie gegen Ausschaltung der Reparationsfrage.

„Journée Industrielle" übt scharfe Kritik an der Einschränkung des Verhandlungsprogramms, das die französische Antwort auf den deutschen Schritt von Sonnabend enthält.

Was bedeute, so fragt das Blatt, die „Wiederherstellung des Wirtschaftslebens?" Entweder hätte dieses Wort überhaupt keinen Sinn, oder es bedeute die Prüfung eines modus vivendi, der den deutsch-französischen Handelsverkehr stabilisiere. In der Tat sei es unmöglich, die Tragweite dieses Wortes auf das besetzte Gebiet allein zu beschränken, da ja das Wirtschaftsleben dieses Gebietes, besonders des Ruhrgebiets, zum größten Teil von seinen Beziehungen zum nichtbesetzten Deutschland und zum Auslande, besonders zu Frankreich, abhängig sei. Um es klar auszusprechen, handle es sich hierbei um nichts anderes als um das französisch-deutsche Zollstatut. Nur lasse sich über das französisch-deutsche Zollstatut, selbst wenn es lediglich die Form eines Provisoriums annehmen sollte, allein auf Grund eines gegebenen Standes der deutschen Wirtschaft verhandeln. Da die deutsche Wirtschaft zu keiner Stabilisierung gelangen werde, solange die Reparationsfrage selbst nicht gelöst sei, **so scheine in der Tatsache, daß die Reparationsfrage aus den Verhandlungen ausgeschaltet werde, während man sich bereit erkläre, über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens zu verhandeln, ein Widerspruch zu liegen.**

Eine englische Stimme.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt, das Wort „Vereinbarung" klinge seltsam im Zusammenhang mit Frankreich und Deutschland; aber Ereignisse fänden statt, die die Hoffnung ermutigten, daß die akuteren Ursachen der Reibung im Ruhrgebiet wenigstens zeitweilig beseitigt würden. Das in Paris unterbreitete deutsche Memorandum sei in versöhnlichem Geiste aufgenommen worden. Diesmal sei der Versuch Deutschlands, wieder zu Verhandlungen zu gelangen, nicht abgewiesen worden. Dies könne auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß Poincaré im Ruhrgebiet in ernste Schwierigkeiten gerate und unter den augenblicklichen Umständen keinerlei Hoffnung habe, es zu einem produktiven Pfand machen zu können.

8000 Wagen täglich ins Ruhrgebiet.

Die französisch-belgische Eisenbahnregie hat auf Grund der Mainzer Vereinbarungen zwischen der deutschen Eisenbahn und der Regie bei dem Berliner Hauptwagenamt 8000 Wagen täglich für das Ruhrgebiet angefordert. Weit über hundert Eisenbahnzüge sind daraufhin zum Ruhrgebiet in Gang gesetzt worden und werden täglich dorthin abrollen.

Eisenbahner erhalten ihre Wohnungen zurück.

Frankfurt a. M., 19. Dezember. Zahlreichen ausgewiesenen Eisenbahnern des Brückenkopfes Kehl sind die Dienstwohnungen wieder zurückgegeben worden. Dies hängt damit zusammen, daß die bei der Eisenbahnregie beschäftigten Beamten und Angestellten zum größten Teil wieder nach Frankreich zurückberufen wurden und deren Stellen nun wieder durch das alte Dienstpersonal besetzt werden müssen.

Um die Wiederbesetzung der Pariser Gesandtschaft.

Als Anwärter auf den Posten des deutschen Gesandten in Paris wurde Prinz Max von Baden genannt, doch ist diese Kandidatur bereits erledigt. Ferner spricht man vom Staatssekretär Baron von Maltzahn, dem bisherigen Leiter des Außenministeriums. Für den Gesandtenposten in Brüssel wird der gegenwärtige Pariser Bevollmächtigte v. Hoesch genannt.

Frankreich und die deutschen Lebensmittelkredite.

Paris, 18. Dezember. Zu dem von der Reichsregierung gestellten Antrag auf Bewilligung der Priorität für einen Lebensmittelkredit in Höhe von 70 Millionen Dollars verweist man in den Kreisen der französischen Abordnung in der Reparationskommission auf die Tatsache, daß die Reichsbahn die Verpflichtung übernommen habe, eine in England aufgenommene Anleihe in Höhe von 300 000 Pfund Sterling vom Februar nächsten Jahres an zurückzuzahlen. Man erklärt, daß Deutschland, wenn es diese Rückzahlung bewirken könne, auch in der Lage sein müsse, Lebensmittel einzuführen, ohne auswärtiger Kredite zu bedürfen. Auch soll ermittelt werden, in welcher Höhe die deutschen Kapitalien im Auslande herangezogen werden können. Man wünscht ferner für den Fall, daß der Kredit doch bewilligt werden sollte, die deutschen Bedürfnisse auf dem französischen, belgischen und englischen Markt befriedigen zu lassen. Wenn Deutschland trotzdem auf der Durchführung der Ankäufe in Amerika bestehen sollte, sollen die deutschen Guthaben als Sicherheiten für die Kredite herangezogen werden.

Die Reparationskommission beginnt die Beratungen

Paris, 18. Dezember. Das „Journal des Débats" teilt mit, die Reparationskommission werde morgen nachmittag zusammentreten und die deutsche Note über den amerikanischen Lebensmittelkredit prüfen. Da mit der Rückkehr John Bradburys zu dieser Sitzung nicht gerechnet werden könne, werde morgen wahrscheinlich die Frage der Sachverständigenausschüsse nicht behandelt werden. Nach dem „Temps" werden die französischen Sachverständigen in dem Ausschuß für das deutsche Budget und die deutsche Währung der ehemalige Direktor des Finanzministeriums Parmentier und der Professor der Nationalökonomie an der Sorbonne und ehemalige Kabinettschef des Finanzministers Doumer im Jahre 1921 Allex sein. Zum französischen Delegierten in dem Ausschuß zur Untersuchung der deutschen Auslandsguthaben wird das Direktionsmitglied der Banque de Paris et des Pays Bas Atthalin bestimmt werden.

Die Vorgänge in Griechenland.

Die griechische Regierung, die sich seit dem Putsch von 1922 auf eine Militärdiktatur stützt, hat dem Königspaar angeraten, Athen zu verlassen, bis endgültig die Regierungsform durch die verfassunggebende Versammlung festgesetzt sei. Der König Georg II. hat diesen Rat befolgt und sich mit seiner Gemahlin auf die Reise nach Rumänien begeben. Die griechische Königin ist eine Tochter der Königin von Rumänien. Man erwartet von dieser energischen und klugen Herrscherin, daß sie ihre zahlreichen Verbindungen im Interesse ihres Schwiegersohnes ausnutzen wird.

Der König hat Venizelos telegraphisch ersucht, die Regierung zu übernehmen. Dieser Politiker ist wieder einmal der Mann der Stunde in Hellas. Übrigens ist Venizelos aus außenpolitischen Gesichtspunkten für eine Beibehaltung der Dynastie. Durch die Entfernung des Königs suchen die Republikaner offenbar vollendete Tatsachen zu schaffen.

Unzufriedenheit Englands.

Die Ereignisse in Griechenland werden in England recht unzufrieden kommentiert. Baldwin hat am 9. November in einer Rede ausdrücklich ausgesprochen, daß England seine wohlwollende Politik gegenüber Griechenland nur dann fortsetzen könne, wenn die Dynastie am Ruder bleibe. Sobald Griechenland neue Revolutionen und Staatsstreiche mache, könne es von England keine Kredite mehr bekommen.

Die Stellungnahme der griechischen Parteien.

Athen, 19. Dezember. Die republikanischen Offiziere der Armee haben sich in einer Kundgebung an den König gewandt und erklären lassen, daß die Armee, die Flotte und das gesamte Volk ihn für abgesetzt erklären. Die liberale Partei des Venizelos hält demgegenüber fest daran, daß die Frage der Staatsform im neuen Parlament entschieden werden könne. Die gestern in Athen stattgefundene Versammlung der republikanischen Partei war nur schwach besucht, es waren kaum tausend Personen anwesend. Der Führer der Venizelisten, Danglis, ersuchte Venizelos telegraphisch, er möge angesichts der Wahlergebnisse sofort zurückkehren. Die republikanische Partei fürchtet, daß sie im Parlament unterliegen werde, und sie beschloß daher, die Frage der Staatsform noch vor Zusammentritt des Parlaments zu lösen. General Pangalos, dessen Anhänger besonders in Griechisch-Mazedonien zahlreich sind, hat in Saloniki über die Anhänger Venizelos einen großen Wahlsieg errungen. Er kehrte nach Athen zurück und wurde begeistert empfangen.

Sieg der mexikanischen Umsturzpartei.

Hamburg, 18. Dezember. **Das hiesige mexikanische Generalkonsulat teilt folgendes mit: Die letzten Meldungen aus Mexiko berichten über entscheidende Siege der provisorischen Regierung in Veracruz. Die Stadt Oaxaca sowie der nördliche Teil Yucatans sind zu der neuen Regierung übergegangen. Die Präsidentschaftskandidaten Maderó und Villareal sind zugunsten de la Huertas zurückgetreten. Das Generalkonsulat in Hamburg sowie fast sämtliche Konsulate in Deutschland und den anderen europäischen Ländern haben sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Die provisorische Regierung in Veracruz hat den früheren Legationsattaché Oberst Dr. Krumm-Heller als diplomatischen Vertreter in Berlin berufen. Die Ernennungen für die anderen europäischen Länder sind unterwegs. Sämtliche Häfen des Golfs von Mexiko befinden sich, wie der Geschäftswelt mitgeteilt sei, in den Händen der neuen Regierung, die absolute Sicherheit für den Versand bietet.**

Gegenteilige Meldungen

besagen, daß die Truppen Obregons die Aufständischen nach schweren, blutigen Kämpfen bei Puebla zurückschlugen. Die Revolutionäre sollen einen Teil ihrer Artillerie und Munition verloren haben. Doch sollen neue Verstärkungen der Aufständischen unterwegs sein.

Fortdauernde Kämpfe in Mexiko.

Paris, 19. Dezember. Aus Veracruz wird gemeldet, daß seit Montag ein erbitterter Kampf zwischen Regierungstruppen und Revolutionären im Gange ist. Näheres darüber ist noch nicht bekannt. Die Regierungstruppen stehen unter dem persönlichen Befehl des Präsidenten Generals Obregon.

Erfolge der Truppen Obregons.

Elpaso, 19. Dezember. Nach Reuter nahmen die mexikanischen Regierungstruppen den strategischen Punkt San Marcos zwischen Veracruz und Mexiko ein.

Ursache der Revolution

ist die Unzufriedenheit weiter Kreise mit den großen Petroleumkonzessionen, die Präsident Obregon neuerdings amerikanischen Finanzkreisen übergeben hatte.

Aufmarsch Englands an der Grenze von Afghanistan.

Bombay, 18. Dezember. Infolge des kürzlich von der britischen Regierung mit dem Emir von Afghanistan abgeschlossenen Vertrages entstand in der fanatisch mahammedanischen Bevölkerung eine heftige Erregung, die zu Angriffen gegen Europäer führte. Ein Aufgebot von 15000 Mann englischer und indischer Truppen mußte an der Grenze konzentriert werden, um den Vormarsch auf Kabul anzutreten, im Falle das Leben der in der afghanischen Hauptstadt lebenden Mitglieder ausländischer Delegationen und der übrigen Europäer gefährdet ist.

Die ungarische Anleihe im Völkerbund.

Paris, 18. Dezember. Der Völkerbundrat hat heute fast den ganzen Tag in geheimer Sitzung über die ungarische Anleihe beraten. Eine für 5 Uhr nachmittags anberaumte öffentliche Sitzung mußte aus diesem Grunde auf morgen vormittag 11 Uhr verschoben werden.

Glückwünsche für Oesterreich.

Vor Beginn der geheimen Sitzung fand eine öffentliche Sitzung statt, in der der Völkerbundrat einen Bericht des Generalkommissars für Oesterreich, Zimmermann, entgegennahm. Der Völkerbundrat beschloß, Zimmermann und den Kanzler Seipel zu dem Ergebnis der Sanierungsarbeiten zu beglückwünschen.

Baldwins Rücktritt unvermeidlich.

London, 19. Dezember. Gestern nachmittag fand die von Asquith einberufene Konferenz der liberalen Abgeordneten statt. Asquith hielt eine längere Rede, in der er einen Überblick über die innerpolitische Lage gab; er erklärte, daß weder von Baldwin noch von den Konservativen oder der Arbeiterpartei ein Koalitionsangebot an die liberale Partei ergangen sei. Die liberale Partei lehne es ab, sich an irgend einer Koalition oder an irgend einer Kompromißpolitik zu beteiligen. **Unter diesen Umständen wird Baldwin gezwungen sein, im Januar zurückzutreten;** der König wird sicherlich **Macdonald** ersuchen, **die erste Arbeiterregierung in Großbritannien** zu bilden. Die konservativen Politiker sehen diesen Schritt scheinbar für unabwendbar an; denn Bradbury, das britische Mitglied der Reparationskommission, stattete Macdonald gestern in Lossimouth in Nordschottland einen Besuch ab. Bradbury ist bekanntlich mit der Ernennung der britischen Delegierten für die beiden Sachverständigenkommissionen betraut; die Tatsache, daß er mit Macdonald verhandelte, gilt als ein Beweis dafür, daß Baldwin erwartet, der Arbeiterführer werde bald die Verantwortung der Regierung zu übernehmen haben

Teuerungskundgebungen in Paris.

Die für Dienstag angekündigte Kundgebung der städtischen Beamten auf dem Opernplatz wurde durch eine gewaltige Anstrengung der Polizei eingedämmt, aber nicht vollständig verhindert. Von 5 Uhr ab wurden alle Straßen abgesperrt, die zum Opernplatz führen, der Wagenverkehr wurde abgelenkt und die Fußgänger mußten in die Seitenstraßen abbiegen. Die Kaffees waren geschlossen. Eine ganze Armee von Polizisten und Mitgliedern der republikanischen Garde und Geheimagenten waren versammelt, um die Demonstration zu verhindern.

Spanien unterzeichnet den Tangervertrag mit Vorbehalt.

Wenn die spanischen Delegierten noch nicht die nötige Vollmacht erhalten haben, werden sie das Abkommen über das Tangerstatut nur mit ihren Anfangsbuchstaben unterzeichnen. Nach dem „Matin" hält man aber für wahrscheinlich, daß die endgültige Unterschrift der spanischen Vertreter in diesen Tagen gegeben werden kann

Freistadt Danzig.

Vorläufig keine Zahlung der Zölle in Goldmünzen.

Die polnische Verordnung betreffs Zahlung der Zölle in effektiven Goldmünzen für einzelne Warengattungen hatte bekanntlich in den Danziger Wirtschaftskreisen eine große Erregung hervorgerufen. Polen hatte eine Aufhebung der Verordnung abgelehnt, so daß Einspruch beim Völkerbundkommissar eingelegt worden ist. Wie wir erfahren, haben die Bemühungen der Handelskammer, die sofort energische Schritte eingeleitet hat, dazu geführt, daß der Hohe Kommissar die polnische Verordnung für die Dauer von 15 Tagen außer Kraft gesetzt hat. An Stelle von Goldmünzen muß die Danziger Zollverwaltung wertbeständige Zahlungsmittel, wie Dollarnoten, Pfundnoten, Danziger Gulden usw. annehmen.

Danziger Hartgeld.

In Danzig ist aus Berlin Hartgeld, und zwar nickelne **Zehn- und Fünfpfennigstücke, kupferne Fünf- und Zweipfennigstücke** eingetroffen. Am 18. Dezember sind auch neue Danziger Silber**münzen zu 1 und 5 Gulden,** im Betrage von 2 200 000 Gulden, eingetroffen, die in den Niederlanden geprägt wurden, und zu Beginn des neuen Jahres sollen noch einige **hundert Goldmünzen zu 25 Gulden,** gleichfalls holländischer Prägung, eintreffen. Vom 21. d. Mts. ab werden die Papiergulden gegen Silber eingewechselt.

†* **Als Leiter der Danziger Emissionsbank** wird von der Danziger Presse Dr. Konrad Meißner genannt. Dieser hat die von Senator Volkmann begonnenen Verhandlungen in London zu Ende geführt.

Letzte Meldungen.

Ramsay Macdonald will auch das Außenministerium übernehmen.

London, 20. Dezember. (Pat.) **Es soll vollkommen sicher sein, daß Ramsay Macdonald bei der Übernahme des Ministerpräsidiums zugleich die Pflichten des Staatssekretärs für Auswärtiges übernehmen wird.**

Protest gegen die Separatisten.

Ludwigshafen, 20. Dezember. (Pat.) **In Opposition gegen die Einführung der Präventivzensur durch die Separatisten stellten alle Zeitungen in Ludwigshafen ihr Erscheinen ein. Eine aus Mitgliedern aller politischen Parteien zusammengesetzte Delegation begab sich zu Tirard, um die Wiederherstellung der Pressefreiheit und der persönlichen Freiheit zu verlangen.**

König Georg II. von Griechenland dankt nicht ab.

Wien, 20. Dezember. (Pat.) **Nach der „N. Fr. Pr." ist der König von Griechenland entschlossen, keine Abdankungsurkunde zu unterzeichnen. Vor der Abreise statteten die diplomatischen Vertreter Englands, Rumäniens und Südslawiens dem König Besuche ab. Der König erklärte, daß er den Thron nicht für erledigt halte, da der Hof weiter in Athen bleibt. Die englische Regierung stellte dem König einen Kreuzer zur Verfügung. In Griechenland herrscht Ordnung.**

Die Entwickelung der Dinge in Griechenland.

Wien, 20. Dezember. (Pat.) Das „Neue Wiener Journal" **meldet aus Athen, daß in hiesigen politischen Kreisen außer dem Projekt der Republik auch der Gedanke** aufgetaucht sei, **eine neue Dynastie zu berufen bzw. eine Wahlmonarchie zu begründen. Das Blatt meldet aus Bukarest, daß das griechische Königspaar wahrscheinlich in Sinaja wohnen wird.** Venizelos soll **für den griechischen Thron den Onkel des Königs, den Herzog von Connaught, vorschlagen.**

Wien, 20. Dezember. (Pat.) Das „Neue Wiener Journal" **meldet aus Athen:** In amtlichen griechischen Kreisen spricht man **davon, daß von seiten Englands und Frankreichs keine Intervention erfolgen wird, daß eine solche aber von Serbien und Rumänien wahrscheinlich ist. Venizelos, der zurzeit in Paris weilt, gedenkt nicht nach Athen zurückzukehren, ist aber zufrieden mit dem Verlauf der Ereignisse in Griechenland, wie das Blatt versichert. Die „Neue Freie Presse" erfährt, daß das griechische Kabinett den Bruder des Königs, den Fürsten Paul, einladen wird, in Griechenland zu bleiben.**

Vertagung der Reparationskommission.

Paris, 20. Dezember. (Pat.) Die für heute angesetzte Sitzung der Reparationskommission wurde mit Rücksicht auf die Nichtanwesenheit **Bradburys auf Freitag verlegt.**

Beachten Sie bei Ihren **Weihnachts-Einkäufen** meine Schaufensterauslagen.

Sehenswerte Ausstellung in den neuesten **Stockschirmen u. Stöcken!** Allein-Verkauf der Weltfirma „Resi".

Ich bringe stets das **Allerneueste** in
Hüten (Borsalino, Wilcke etc.)
Pyjamas
Oberhemden
Unterwäsche
Krawatten
Hosenträger
Handschuhen (auch Rehleder)
Flausch-Ulster
Flausch-Raglans
Regengummimäntel

zu billigsten Tagespreisen.

Streng reelle Bedienung.

Marcin Wittkowski

Plac Wolności 1.

Gegr. 1903. Gegr. 1903.

Telephon 2000.

Forstwirtschaftspläne

wie sie z. Zt. von der Regierung gefordert werden, **fertigt schnellstens an.**

Forsttechnische Beratung

speziell für Dauerwaldwirtschaft, übernimmt

Oberförster Rolle, Linie,
Post **Zembowo,** Kreis **Nowy Tomyśl.**

Fische!! Jedes Quantum

Karpfen, Schleie
Hechte, Zander usw.

Waldhasen

extra stark 2–2 200 000 Mk.

Rot-, Damwild und Wildschwein
zerlegt und im Ganzen zu den günstigsten Tagespreisen

Mast- u. Bratgänse sowie **Enten, Puten, Suppen- u. Brathühner, Kapaun und Wildgeflügel**
empfiehlt

Poznański Dom Delikatesów
P. Tschonert

Poznań	Katowice
ul. Gwarna 18.	ul. św. Jana 9.
Tel. 2632-2601.	Tel. 120.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit
1. Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Januar 1924

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Unsere Geschäftsräume sind am

Montag, d. 24. Dezember d. J.

für sämtlichen Verkehr geschlossen.

Bank für Handel und Gewerbe, Poznań } Tow. Akc.
Poznański Bank dla handlu i przemysłu }
Danziger Privat-Aktien-Bank (Filiale Posen), Poznań.
Direktion der Diskonto-Gesellschaft (Filiale Posen), Poznań.
Posensche Landesgenossenschaftsbank, sp. zap. z ogr. odp., Poznań.
Prov.-Genossenschaftskasse für Posen, sp. zap. z ogr. odp., Poznań.

Billigste Einkaufsquelle auf Abzahlung für Alle

Große Auswahl in Woll- u. Baumwollwaren, Seide.

Damen- u. Herren-Garderobe.

Oszczędność

Zu günstigen Bedingungen und Preisen wie gegen Barzahlung.

Poznań

ul. Wielka Nr. 20. Tel. 15-34.

Billigste Einkaufsquelle auf Abzahlung für Alle.

SUKIENNICE

Tuchhallen-Poznań, Stary Rynek Alter Markt **56.**

Ein Besuch der „SUKIENNICE"
liegt im Interesse eines Jeden
Gute Waren. — Große Auswahl. — Niedrigste Preise.

Sonderangebot!
Posten I
enthält 800 Meter wollener Erzeugnisse aus Bielsko für praktische Mäntel — Ulster — Anzüge und Kostüme.
Das Meter zu
3,950 000 Mk.

Sonderangebot!
Posten II
enthält 1200 Meter wollener Erzeugnisse aus Bielsko für elegante Mäntel — Ulster — Anzüge — Hosen u. Kostüme.
Das Meter zu
5,800 000 Mk.

Reste u. Coupons 20% unter Tagespreis.

Sämtliche Winterwaren bedeutend ermäßigt.

Tuch-Ausschnitt Erstklassiger Erzeugnisse der Bielsko-Biała-Zgierz-Tomaszów u. ausländ. Fabriken.

Aus unserer durch die Wielkopolska Izba Rolnicza anerkannten
Yorkshire-Schweinezucht habe ich ständig
Ferkel und Läufer sowie auch einige
sprungfähige Eber abzugeben.
Besichtigung jederzeit möglich. Bestellungen erbeten an
Dom. Grudzielec, p. Bronów
(Wielkopolska).

Wer wünscht Lebensmittellieferung gegen Roggenlieferung in Deutschland?
Adresse unter K. 4591 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

1 Paar Brillantohrringe für 375 Millionen Mark. 1 Brillantenkollier f. 225 Mill. zu verk. **Poznań, Dąbrowskiego 36 III l.**

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 20. 12. 7½ Uhr: **„Die Hugenotten"**, Oper von Meyerbeer. Premiere. (Abonnement ungültig).
Freitag, den 21. 12. um 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper v. Offenbach.
Sonnabend, den 22. 12., um 7½ Uhr: **„La Bohème"**, Oper von Puccini. (Gastspiel: Jadwiga Dębicka.)
Sonntag, den 23. 12.: **„Die Hugenotten"**, Oper von Meyerbeer.

Zur kommenden Saison
offeriere ich ab Lager Poznań

Düngerstreuer

„Obotrit" wie „Westfalia" — 3 Meter breit

Woldemar Günter
Landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel
Fette und Oele
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6, Tel. 52-25.

Wassermühle

bis 50 Zentner täglich und mehr, am liebsten in Stadtnähe zu **pachten** resp. **kaufen gesucht.** Eventl. größere **Windmühle** nicht ausgeschlossen. (1013
K. Richter i S-ka, Poznań, Kantaka 6 II. Telephon 1739.

Brillanten

Platin, Gold und Silber
kauft
W. KRUK, Juwelier,
Poznań, ul. 27. Grudnia 6.

Zuckerrübensamen,

400 Zentner erstklassige Kleinwanzlebener Nachzucht (diesjährige Ernte),
sofort ab Gut billig zu verkaufen. Offerten unter **4556** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Viktoriaerbsen
Felderbsen
Peluschken
Ackerbohnen
Gartenbohnen u.
Wicken

kaufe zu höchsten Tagespreisen
und erbitte bemusterte Offerte.

Emil Blum

Danzig	Opalenica
Karmelitergasse 5	Telephon 33.
Telephon 1166 u. 5255.	

Evgl. Fräulein in Kleinstadt, 47 Jahre, a. bess. Fam., angen. Erschein., wirtschaftl., Verm. später, w. solid. charakterv. Herrn evtl. Witwer mit Kind zwecks **Heirat** kennen zu lern. Off. u. **B. 4587** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 21. Dezember, abends 3¾ Uhr.
Sonnabend, morg. 7½ Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 4 Uhr Mincha.
Sabbatausgang abends 4 U. 32 Min.
Werktags-Andacht.
Morgens 7¼ Uhr u. abends 4 Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.
Synagoge B
Ulica Dominikańska.
(Israel. Brüdergemeinde).
Freitag, 21. Dezember, abends 4 Uhr.
Sonnabend, 22. Dezember **vorm. 10 Uhr.**

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß
1. der Kohlenhauer **Ignaz Zbaski,** wohnhaft in **Herne,**
2. die gewerblose **Pelagia Wojciechowski,** wohnhaft in **Herne,**

die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in der Gemeinde **Herne** und in der **Posener Zeitung** zu geschehen.

Herne, am 11. Dez. 1923.
Der Standesbeamte.

Weihnachtswunsch!

Selbst. Landwirt, 30 Jahre, evgl., kräft. Statur, Größe 1,80, sucht mit wirtschaftl. gut erzog. Landwirts- oder Ansiedlertochter zwecks

Heirat

in Briefwechsel zu treten. Aussteuer erwünscht. Vermögen Nebensache. Gefl. Anerbieten m. Bild u. Ang. der Verh. unt. **H. 4584** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 20. Dezember.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung, die letzte in diesem Jahre, begann mit der Einführung des Stadtverordneten Jan Pietrzak durch den stellv. Stadtverordnetenvorsteher Buzzel. Der neue Stadtverordnete ist der Nachfolger seines Parteikollegen Kłossowski von der Nationalen Arbeiterpartei, der sein Mandat niedergelegt hat. Der Versammlungsleiter gab dann zur Kenntnis, daß die Stadtv. Kowalewski und Topolski, die bisher zu den sog. Freien Gewerkschaften gehörten, der sozialdemokratischen Fraktion beigetreten sind, die nunmehr 5 Stadtverordnetensitze einnimmt.

Der Stadtpräsident gab eine Erklärung zum Zwischenfall ab, der sich in der letzten Sitzung ereignet hatte, worauf Stadtv. Dr. Stark das Wort erhielt, um festzustellen, daß die vor Monaten von ihm kritisierten Verhältnisse im Stadtkrankenhause eine wesentliche Besserung erfahren hätten.

Der erste Punkt der Tagesordnung, die Vorlage über die Wohnungs- und Geschäftssteuer, fiel auch diesmal unter den Tisch, da sie noch nicht spruchreif war.

Zur Verstärkung eines Titels im Schulbudget sprach Stadtv. Dr. Stark, der

die Kopfungezieferplage unter den Schulkindern

besprach. Nicht immer treffe hier die mit der Teuerung kämpfenden Eltern die Schuld. Für eine gründliche Entlausungsmaßnahme wurden 30 Millionen Mark bewilligt.

Auf die Feststellung des Stadtv. Papst, daß die Bürgerschule in Wilda wegen Mangels an Heizmaterial zu „Kohlenferien"" gezwungen war, erklärte der Stadtpräsident, daß dies nur einen Ausnahmefall darstelle. Der Magistrat habe alle erforderlichen Maßnahmen in der Heizstoffversorgung getroffen.

Die Vorlage über die

Erhöhung der Kraftwagensteuer

begründete Stadtv. Budzyński. An die Stelle der in den Kraftwagensteuersatzungen für die Halbjahresraten bestimmten Roggenklausel wird für das nächste Jahr, da die Steuern nach dem Roggenpreis zu niedrig ausfallen würden, der Schweizer Frank, der im Wirtschaftsleben vorwiegend angewandt wird, als Maßstab eingeführt. In Erwägung ziehend, daß der Kurs des Franken in der Zeit vom 2. Januar 1923 bis zum 11. Dezember eine 198fache Erhöhung erfuhr — von 3379 auf 670 000 —, beschloß der Magistrat eine 200fache Erhöhung der Steuersätze. Die Lastkraftwagen sind von der Steuer befreit. Die Steuern sind so bemessen, daß sie, falls sich der gegenwärtige Kraftwagenpark (252 Personenautos, 32 Motorräder) nicht verringert, im Jahre 1924 eine Summe von rd. 46 Milliarden Mark ausmachen werde. Für Motorräder sieht das veränderte Statut eine Jahressteuer von 20 Millionen, für Personenautos eine solche von 100 bis 400 Millionen, je nach der Pferdestärke, vor. Unwahre oder unvollständige Auskünfte gegenüber Magistratsorganen zum Zwecke der Steuerhinterziehung oder Antwortverweigerung auf bestimmte Fragen zu dem gleichen Zweck werden mit einer Geldstrafe geahndet, die das Zwanzigfache der Steuerquote betragen soll. Die Strafe befreit nicht von der Zahlung der Steuer. Mitschuldige sind ebenfalls strafbar.

Auf die Erhöhung der Kraftwagensteuer folgte die

Erhöhung der Hundesteuer.

Während Stadtv. Grzegorzewicz mit Rücksicht darauf, daß Tor, Tür und Fenster den Dieben kein ernsthaftes Hindernis bieten, die Steuer für Hofhunde auf 3 Millionen zu ermäßigen beantragte, erklärte Stadtv. Malinowski die Steuer für zu niedrig und trat für eine weitere Erhöhung ein. Stadtv. Turtoń schlug zu umfangreicherer Steuererfassung eine besondere Kontrolle vor.

Stadtv. Pluciński stellte fest, daß nur die Hälfte der Hunde zur Besteuerung herangezogen sei (etwa 5000). Eine hohe Steuer gebe dem Magistrat willkommene Mittel in die Hand. Während der Ausschuß um 100 Proz. höhere Steuersätze festgesetzt hatte, erklärte sich der Stadtv. Budzyński für Beibehaltung der Magistratssätze. Doch fand sich bei der Abstimmung eine erdrückende Mehrheit für die Sätze des Ausschusses: 10 Millionen für jeden ersten Hund und 20 Millionen für jeden weiteren. Der Antrag Grzegorzewicz wurde abgelehnt.

Darauf erfuhren

die Arbeiterlöhne

mit Gültigkeit vom 16. Dezember eine 75prozentige Erhöhung im Sinne des Referats des Stadtv. Kowalewski.

Es folgte die

Erhöhung des Wasserpreises

von 120 000 auf 200 000 Mk. vom 19. Dezember und die Ermächtigung des Magistrats zu weiterer Erhöhung, falls diese sich noch vor der nächsten Sitzung der Stadtverordneten als notwendig erweisen sollte.

Die Schlachthof- und Viehmarktgebühren

wurden um 50 Prozent erhöht. Auch hier wurde die bewußte Ermächtigung erteilt.

Bei der

Erhöhung des Straßenbahntarifs

auf 80 000 Mk. für die Einzelfahrt mit Gültigkeit vom 21. Dezember d. Js. und der 80prozentigen Erhöhung der Abonnementspreise vom 1. Januar 1924 empfing der Stadtv. Kowalewski gewissermaßen die Feuertaufe als nunmehriges Mitglied der Sozialistenfraktion, indem sein Antrag, die Zustimmung zur Erhöhung des Straßenbahntarifs davon abhängig zu machen, daß die Straßenbahner den ersten Weihnachtsfeiertag frei haben sollen, ohne im Lohn gekürzt zu werden, mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen wurde.

Stadtv. Kucharski legte gegen den Beschluß Protest ein, da die Stadtverordnetenversammlung zu solchen Bedingungen gegenüber dem Straßenbahnunternehmen nicht berechtigt sei.

Dieselbe Stellung nahm der Stadtpräsident ein. Die Direktion würde zwar einem entsprechenden Beschluß der Straßenbahner nachkommen, aber von einer Bezahlung des freien Tages könne keine Rede sein. Sollte sich die Notwendigkeit zeigen, den Straßenbahntarif bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordneten noch weiter zu erhöhen, dann ist der Magistrat laut Beschluß dazu ermächtigt.

Die Erhöhung der

Gebühren für elektrisches Licht und Kraft

von 220 000 auf 370 000 Mk. bzw. von 140 000 auf 240 000 Mk. wurde ebenfalls mit einer Ermächtigungsformel festgelegt.

Darauf wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der

Haushaltsvoranschlag für das erste Vierteljahr 1924

in Höhe von annähernd 58 Milliarden angenommen. Stadtv. Śniady erklärte, daß seine Partei gegen den Vorschlag stimme, da der Magistrat der Arbeitslosennot passiv gegenüberstände.

Zum Schluß der Sitzung sagte der Stadtv. Sieradzki einige Worte zur Besserung der finanziellen Lage der kontraktlichen Magistratsangestellten. Mit Feiertagswünschen schloß der Versammlungsleiter die letzte Sitzung in diesem Jahre.

Ein Freispruch.

Eine für weite Kreise ganz Polens sehr interessante Strafsache fand gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts unter Vorsitz des Landrichters Obtułowicz bei überfülltem Saale ihren Abschluß. Angeklagt war der weitbekannte Heilkundige Dr. Oskar Wojnowski und sein früherer Assistent Władysław Geneczyński. Als Ankläger fungierte der Staatsanwalt Dr. Fersten, als Verteidiger die Rechtsanwälte Kwiczala und Dr. Glatzer.

Wojnowski übte hier mehrere Jahre die Heilkunde nach einer in Indien erlernten Methode aus und hatte in weitester Umgebung einen riesigen Patientenzuspruch, vorwiegend in den höchsten polnischen Gesellschafts- und Beamtenkreisen. Da er aber offenbar in der Auswahl seiner Patienten nicht immer wählerisch genug gewesen war, zog er sich infolge Mißverständnisses seiner Methode auch Feinde zu, die ihn gestern auf der Anklagebank heftig angriffen. Bis zu welchem Grade diese Angriffe führten, zeigt, daß dem Angeklagten sogar ein Gerücht vorgehalten wurde, er habe einer Patientin angeraten, ihre „Unaussprechlichen" auszukochen und diese Medizin zu trinken!! Ferner warf ihm die Anklage vor, er habe den Tod eines schwindsüchtigen Patienten dadurch verursacht, daß er ihn von einer Operation abhielt. Die Beweisaufnahme zeigte ein derartiges negatives Ergebnis, daß das Gericht nach neunstündiger Verhandlung beide Angeklagten freisprach und die Anträge der Verteidigung auf Ladung mehrerer hundert Patienten, der höchsten Intelligenz angehörig, als überflüssig ablehnte, die nach vergeblicher ärztlicher Behandlung durch den Angeklagten geheilt wurden.

Wie es mit der angeblichen akademischen Bildung des Freigesprochenen, der jetzt in Warschau mit einem Arzt assoziiert ist, beschaffen ist, und wo er seinen Doktorgrad erworben hat, ist nicht aufgeklärt. Auffällig ist es unter allen Umständen, daß er medizinisch-lateinische Fachausdrücke immer mit falscher Betonung wiedergab.

Worte zur Altershilfe.

Alt, siech, frierend und verlassen,
Welch ein Elend diese Worte fassen!
Die Ihr dies nicht braucht zu spüren,
Laßt davon das Herz Euch rühren!

Martha Rhode.

Geldspenden nehmen alle deutschen Banken, Lebensmittel das Bureau der Altershilfe, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring), entgegen.

× **Erhöhung der Krankenkassenbeiträge.** Im Einvernehmen mit dem Bezirks-Versicherungsamt (Okręgowy Urząd Ubezpieczeń) sind, nach einer in anderen Blättern veröffentlichten Bekanntmachung des Krankenkassenvorstandes, die Beiträge zur Städtischen Krankenkasse Posen vom 17. Dezember d. Js. ab von 6½ auf 8 Prozent erhöht worden. Für Dezember werden die Beiträge für die ersten beiden Wochen zu 6½, für die übrige Zeit zu 8 Prozent berechnet.

Preiserhöhung für Postformulare. Vom 1. Januar ab kosten die auf den Postämtern käuflichen Drucke für einfache Postkarten 5000, Postkarten mit Antwort 10 000, Postanweisungen, telegraphische Postanweisungen, Hilfsadressen, Zollerklärungen und telegraphische Aufgabeformulare 10 000 M. das Stück.

Nur 30 Prozent. Die kürzlich auch von uns gebrachte Warschauer Meldung über eine Preiserhöhung der Tabakfabrikate um 150 Prozent ab 20. Dezember trifft in dieser Form nicht zu. Eine Preiserhöhung ist bereits vorgestern eingetreten, sie beträgt aber nur 30 Prozent. Die Raucher dürfen also noch aufatmen.

Ein hochherziges Beispiel von Opferfreudigkeit gab die Gemeinde Wreschen, indem sie für die Suppenküche der Altershilfe Speck, Wurst, Butter, Käse, Äpfel, Weizenmehl, Zucker, Erbsen und Brot sammelte. Die Altershilfe spricht allen gütigen Gebern, die ein so warmes Interesse dieser Liebesarbeit entgegenbringen, den herzlichsten Dank aus.

Deutsche Bücherei. Die Deutsche Bücherei bleibt vom Sonnabend, dem 22. Dezember, ab geschlossen und wird in der Weihnachtswoche zum Umtausch der Bücher am Freitag, dem 28., vormittags von ½12—½1 Uhr und nachmittags von ½5—½7 Uhr geöffnet. Ein Umtausch der Zeitschriften findet in der Weihnachtswoche nicht statt, dafür erhalten die Teilnehmer, die im kommenden Vierteljahr das Abonnement abgesagt haben, eine Mappe noch in der ersten Januarwoche. Der Umtausch findet am 2. Januar statt, die Mappen können am 4. wieder abgeholt werden. Von diesem Tage ab ist auch die Bücherei wieder wie bisher geöffnet. — Infolge der Geldentwertung findet mit dem kommenden Vierteljahr eine Erhöhung des Haftgeldes auf 1 000 000 Mark und der Leihgebühr auf die Hälfte einer Straßenbahnfahrt für den Einzelband statt. Der jedesmalige Betrag in polnischer Mark wird durch Anschlag bekannt gegeben. In Ausnahmefällen wird eine Befreiung von der Erhöhung des Haftgeldes gewährt, die Bedingungen werden mündlich erteilt.

× **Ein unsanftes Morgenerwachen** bereiteten heut früh Beamte der Kriminalpolizei zwei schweren Jungen aus Kongreßpolen, die sich in einer Wohnung der ul. Młyna (fr. Hochstraße) häuslich niedergelassen hatten, und zwar dem aus Radom stammenden 30jährigen Schneider Johann Kamiński und seinem Landsmann, dem 32jährigen Schuhmacher Johann Niemczak. Beide hatten die Bekanntschaft einer 28jährigen Ehefrau Marianna Kasperska aus Dopiewo gemacht, deren Mann gegenwärtig eine Zuchthausstrafe verbüßt. Sie verabredeten sich zu gemeinsamen Raubzügen, für die die Kasperska die Gelegenheit ausbaldowern mußte, während die beiden Männer die Raubüberfälle, maskiert und mit Schußwaffen versehen, in der Umgegend von Posen ausführten, über die wir berichtet haben. Einmal überfielen sie nachts in Krzyżownik, Kr. Posen-West, den Landwirt Jawoński und stahlen ihm für 1½ Milliarden Sachen. Dann verübten sie den gemeldeten Raubüberfall auf den Landwirt Nowicki in Ceradz-Kirchlich, ebenfalls im Kreise Posen-West, bei dem sie sämtliche Familienmitglieder an die Wand stellten und mit dem Revolver bedrohten, während der eine von ihnen in aller Gemütsruhe die Beute aussuchte. Die heutige Festnahme der Schwerverbrecher war übrigens für die Kriminalbeamten nicht ganz gefahrlos, denn ihre Opfer hatten sich für den Empfang ihrer Häscher wohl ausgerüstet mit geladenen Revolvern, die sie unter den Kopfkissen verborgen hatten. Ehe sie jedoch davon Gebrauch machen konnten, waren sie bereits überwältigt und mußten unter treuer Obhut den Weg zum Polizeigefängnis antreten.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung ul. Wronicka 6/8 (fr. Wronkerstr.) Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von 80 Millionen M.; aus einer Wohnung Górna Wilda 28 (fr. Kronprinzenstr.) zwei Schinken, 9 weiße Bettbezüge, Handtücher und weiße Tischtücher im Werte von 100 Millionen M.; aus einem Stalle ul. Koscielna 40 (fr. Kirchstr.) eine Ziege im Werte von 6 Millionen M.; aus einer Wohnung ul. Mickiewicza 21 (fr. Hohenzollernstr.) 20 Damenhemden, 4 weiße Unterröcke, mehrere Decken usw. im Gesamtwerte von 160 Millionen M.

× **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Einem Manne wurde eine silberne Herrenuhr, die auf dem hinteren Deckel die Buchstaben J. K. und die Zahlen 95 593 trägt, abgenommen. Sie ist bereits im Sommer in Posen gestohlen worden und kann im Zimmer 41 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

× **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 26 Dirnen, 7 Betrunkene, 1 Obdachloser, 1 gesuchte Person und 4 Personen wegen Diebstahls.

p. **Birnbaum,** 20. Dezember. (Privattelegramm.) Durch einen schweren Einbruchsdiebstahl um Werte von 600 Millionen Mark geschädigt wurde ein hiesiger Einwohner namens Adam, indem ihm eine goldene Armbanduhr und eine goldene Herrenuhr mit goldener Kette im genannten Werte gestohlen wurden.

* **Graudenz,** 19. Dezember. Der „Deutsch. Rundsch." wird von hier berichtet: Mehrere einseitige Optanten, die schon vor einiger Zeit die Ausweisung aus dem Festungsbereich erhielten, wurden bereits durch die Polizei über die Weichselbrücke geführt. Da sie im Kreise Schwetz keine Wohnungsgenehmigung erhielten, mußten sie wieder zur Stadt zurückkehren. Manchen sind die Wohnungen genommen und mit anderen Parteien besetzt. Der über 70 Jahre alte Rentner Schmodke mit seiner alten Frau und gelähmten Tochter erhielt die Genehmigung, sich bis zum 1. April n. Js. im Grenzbezirk aufzuhalten. Mitleidige entfernte Verwandte in Schöntal nahmen die in größer Not befindliche Familie in ihre Wohnung auf.

p. **Grätz,** 19. Dezember. Schlecht belohnt haben ein Fräulein und ein Mann dem Landwirt Grzesiak in Weißhauland (heut Białawieś) die ihnen gewährte Gastfreundschaft, indem sie zum Andenken Sachen im Werte von zwei Milliarden Mark stahlen, und zwar einen dunklen Herrenanzug, einen Sommeranzug, 3 Meter schwarzen Flausch, Schuhe, Hemden, Damenkleider, hellen Cheviot, ein schwarzes Satinkleid, ein dunkles Voilekleid, Blusen, 12 Meter weiße Leinwand, Bettlaken usw.

* **Krotoschin,** 19. Dezember. Trotz des andauernden Regenwetters war der Dienstagmarkt nicht schlecht besucht, und es wurde lebhaft gekauft. Roggen kostete etwa 4 500 000 bis 4 700 000 M. — Gestern kostete ein 4½-Pfund-Roggenbrot 480 000 M.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

p. **Warschau,** 19. Dezember. Am 2. d. Mts. wurde in der Nähe von Warschau eine bisher unbekannte Frauenleiche im Alter von etwa 40 Jahren, mittelgroß, blond, ziemlich kräftig, mit blondem falschen Zopf aus der Wisła gezogen. Sie war bekleidet mit schwarzem Kleide, blauer Bluse, mit schwarzem Velvet, schwarzen Strümpfen und braunen Halbschuhen, weißer Wäsche; im linken Ohr trug sie einen goldenen Ohrring in Halbmondform und um den Hals eine Korallenkette.

* **Danzig,** 15. Dezember. Im Auftrage des Senats hat der Dichter Paul Enderling ein Danziger Nationallied gedichtet, das von vier dazu ausgewählten Komponisten komponiert werden soll. Das Lied soll dann öffentlich in allen vier Melodien gesungen werden und durch Volksentscheid soll entschieden werden, welche Melodie beibehalten wird. — Der 15jährige Bote Fritz Spincit aus Schidlitz wurde, als er dort aus einer fahrenden Straßenbahn absprang, vom Anhängewagen erfaßt und überfahren. Er starb nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

Neues vom Tage.

Neues Erdbeben in Kolumbien.

Paris, 19. Dezember. (Pat.) Daily Expreß meldet aus **Newyork,** daß ein neues Erdbeben in Kolumbien 4 Städte vernichtet hat.

§ **Das Erdbeben in Südamerika.** Nach drahtlosen Nachrichten aus Südamerika sind an der Grenze zwischen Kolumbien und Ecuador bereits über 200 Opfer der Erdbebenkatastrophe geborgen worden. Die meisten Todesfälle sind in Cumbal zu verzeichnen. Während des Erdbebens kamen auf dem Gebiet von Chiles und bei Cumbal gleichzeitig zwei Vulkane zum Ausbruch. Die Hochebene zwischen den beiden Vulkanen Cumbal und Chiles, an deren Fuß die beiden Dörfer gleichen Namens mit meist indianischer Bevölkerung liegen, ist ein rauhes, kaltes, sumpfiges Bergland, das heute fast unbewohnt ist. Beide Vulkane sind von dem deutschen Geologen Stübel in den neunziger Jahren untersucht worden. Die Hochebene von Chiles hat im letzten Jahre die Aufmerksamkeit ethnographischer Forscher gefunden durch die Entdeckung unbekannter Indianerkulturen, die ein deutscher Ingenieur ausgrub. Die Fundstücke befinden sich im Berliner Museum für Völkerkunde.

§ **Bau eines Kanals von Tokio nach Yokohama.** Die japanische Regierung hat den Bauplan eines Kanals Tokio—Yokohama und den Anbau des Hafens in Tokio bestätigt. Die Arbeiten sollen in Jahresfrist beendet werden und 100 Millionen Yen kosten.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

E. Sch. Unseres Erachtens sind Sie als polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität anzusehen. Wenn Sie Reichsdeutscher werden wollen, müssen Sie einen entsprechenden Antrag stellen. Briefliche Auskunft erteilen wir nur in Ausnahmefällen und auch nur dann, wenn ein Briefumschlag mit Freimarke der Anfrage beiliegt.

G. B. P. 1. Darauf können wir Ihnen keine Antwort geben, da die Kosten von Fall zu Fall festgesetzt werden. 2. Diese Frage ist uns nicht verständlich; Sie haben in der Angelegenheit gar nichts zu tun, da die Steuerbehörde sich schon selbst melden wird.

A. I. Sie können unter keinen Umständen enteignet werden.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Breslauer Flachsmarktbericht. Am zweiten Tage des Breslauer Flachsmarktes (11. Dezember) waren westliche und östliche Flächse reichlich angeboten. Während die Westflächse in ihrer Qualität recht befriedigend waren, fielen die Ostflächse, die besonders in den niedrigen Marken zahlreich vorhanden waren, gegen das Vorjahr erheblich ab. Die Umsätze hielten sich in mäßigen Grenzen infolge der Geldknappheit und der großen Schwierigkeit der Devisenbeschaffung. Die Westflächse bewegten sich zwischen 1,70 und 2,70 M., die Ostflächse zwischen 1,20 und 1,70 M. je Kilogramm. Der Markt lag fest.

Wirtschaft.

Folgen des deutschen Währungssturzes in Litauen. Im Juni 1923 und in den vorhergehenden Monaten zeigte die litauische Handelsbilanz einen beträchtlichen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr. Anfang des zweiten Halbjahres jedoch trat ein plötzlicher Umschwung ein, so daß die Bilanz für die ersten 9 Monate 1923 einen Einfuhrüberschuß, also ein Passivum von 11 966 000 Lit aufweist. Die Ausfuhr betrug in diesem Zeitraum 99 181 200 Lit, die Einfuhr dagegen 111 147 200 Lit. Die Ursache ist in der deutschen Währungskatastrophe zu suchen, die nicht nur das Wirtschaftsleben Deutschlands geschädigt hat, sondern auch einen ungünstigen Einfluß auf die Wirtschaftslage aller Nachbarstaaten ausübte. Infolge der unsicheren Verhältnisse in Deutschland hielten die litauischen Geschäftsleute sich von Aufträgen für dieses Land zurück. Einkäufe wurden wenn möglich in anderen Staaten getätigt. Wie der „European Commercial" berichtet, kommt hierzu noch, daß die bäuerliche Bevölkerung in Litauen große Mengen deutscher Mark besaß, und so große Kursverluste erlitt. Infolgedessen stellte auch die landwirtschaftliche Bevölkerung die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln fast vollständig ein und mußte neue Märkte für die landwirtschaftlichen Produkte suchen. Bisher gingen 35 Prozent der litauischen Ausfuhr nach Deutschland und neun Zehntel der litauischen Einfuhr, hauptsächlich landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düngermittel usw. wurden aus Deutschland eingeführt. In den letzten Monaten ist es nun gelungen, den Absatz nach England, der bisher nur 24 Prozent der gesamten Ausfuhr Litauens betrug, beträchtlich zu erweitern. Auch hat Litauen von englischen Kapitalisten namhafte Kredite für die Intensivierung der Landwirtschaft und den Ausbau der Eisenbahnen erhalten. Durch diese soll der Hafen von Memel eine bessere Verbindung mit dem Hinterland erhalten, was die Ausfuhr sehr günstig beeinflussen wird. Die ungünstige Gestaltung des Außenhandels hat natürlich auch den Inlandshandel beeinflußt, der sich in einer schweren Krise befunden hat. Man glaubt, daß zahlreiche große Firmen in Kowno im nächsten Jahre zur Liquidation gezwungen sein werden.

Industrie.

Die oberschlesische Blei- und Silberproduktion betrug in normalen Zeiten durchschnittlich 42 000 Tonnen (im Kriege war sie infolge des erhöhten Bleibedarfes entsprechend größer). Sie ist in letzter Zeit entsprechend gefördert worden, und der Arbeiterstand, der in der Vorkriegszeit etwa 1000 betrug, wurde auf das Doppelte resp. das Dreifache erhöht. Nach fachmännischer Ansicht wird sich die Lage der oberschlesischen Bleiindustrie, die über moderne Hütten verfügt, bei dem Mangel einer ernstlichen Konkurrenz im Laufe der Zeit sicherlich wieder befriedigend gestalten. An Bleierzen ist bisher ein Mangel nicht aufgetreten.

Von der tschechoslowakischen Zinkindustrie. Die Zinkwalzwerke in Oderfurt sind so gut beschäftigt, daß sie im November eine neue Strecke in Betrieb nehmen konnten. Die Arbeiterzahl hat dementsprechend zugenommen. Die Nachfrage vergrößert sich dauernd. Auch die Zinkfarbenfabrik in Peterswald, die wegen Kohlenmangels zeitweise den Betrieb nur halb aufrecht erhalten konnte, arbeitet jetzt wieder in vollem Umfange.

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 18. Dezember. (Im freien Verkehr bei 1 g fein in 1000 Mkp.) Gold 4 200, Platin 22 000, Bilon 880, Silber 1220, Goldrubel 3 900, Silberrubel 2 100. — London, 17. Dezember. Silber bar 33 5/8, drei Mon. 32 13/16, Gold 94.5. — Neuyork, 17. Dezember. Diskont 4 3/8, Inl. Silber 99 6/8, Ausl. Silber 65 7/8.

Metalle. London, 17. Dezember. Standardkupfer 62.11.3, drei Mon. 62.6.3, Elektrolitkupfer 68, Standardzinn 233.8.9, drei Mon. 234.13.9, Blei bar 31.10, drei Mon. 29.17.6, Zink bar 32.10, drei Mon. 32.13.9, Engl. Antimon 44.15, Quecksilber 9.17.6. — Neuyork, 17. Dezember. (Cts. pro lbs.) Elektrolitkupfer 13,25, Zinn 47, Blei 7,50, Zink 6,20, Roheisen (Dollar pro To.) 22,50, Weißblech (Dollar für 100 lbs.) 5,50.

Produkten. Hamburg, 17. Dezember. (In Rentenmark.) Weizen 8,25, Roggen 7,20—7,30, Hafer 6,00—6,17, Wintergerste 8,00—8,30, Sommergerste 8,60—8,70, Mais 8,30—8,50. — Chicago, 17. Dezember. (Cents für 1 bsh.). Weizen (Mai) 109,37, (Juli) 107,12, Mais (Mai) 73,50, (Juli) 74,50, Hafer (Mai) 42,12, (Juli) 45,37, Roggen (Dezember) 68,25, (Mai (74,25).

Leder. Warschau, 17. Dezember. (Für 1 kg loco Lager Warschau in 1000 Mkp.). Ausl. Sohlenleder: mittel 4 900, schwer 5 000, schwarze Juchten 6 000, farbig pro Fuß 2 000, Gürtelleder (farbig und in naturell) pro Fuß 2 000, Riemenleder (schwarz und grau) 6 000, Schirrleder 6 600, Rücken- und Flankenleder 3 400.

Börse.

Warschauer Börse vom 19. 12. 23. Die heutige Börse stand im Zeichen stärkerer Abschwächung. Der Dollar mußte auf 6 100 000 nachgeben, nachdem er zu Beginn 6 500 000 erreichte. Devise London notierte 26 650 000, der Schweizer Frank 1 060 000, der Holl. Gulden 2 328 500, der Goldfrank 1 203 250. Effektenbörse fand nicht statt. Inoffiziell war die Haltung fest. Am Markt der nichtnotierten Werte wurden am 18. 12. 23 folgende Kurse genannt: Chybie 12 000, Kujawy 60 000, Zbiersk 1100, Zawiny 65 000, Elektrownia na Sanie 230, Gazy 45 000, Jaworzno 40 000, Kauczuk 160, Lokomotywy 900, Nitrat 350, Machlejd 900, Hurt. Opałowa 50, Gumi Rubber 145, Mała Wieś 3500—4000, Dobrzyniewo 380—400, B. Przemysłowców Polskich 350, Pruszków 330—335, Elektrownia Sosnowicka 1700—1850, Zagożdżon 125, Czemvin 90, Przemysł Terpentynowy w Polsce 280, T. Krafft i S-ka 1600—1700, „Grodzisk" 1950.

Die P. K. K. P. zahlte am 18. 12. für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 2 952 800 (1 962 000), Mark 1 367 300 (545 000), Krone 1 162 800 (455 000) lateinische Münzeinheit 1 107 500 (455 000). Dollar 5 741 000 (2 622 500) Pfund Sterling 27 935 000 (sh. 570 000) türkisches Pfund 25 179 000 schwedische Krone 1 538 200 (651 000), holländischer Gulden 2 307 300 (1 300 000) österr. Dukaten 13 131 000 (fl. 1 210 900) belgische und holländische Dukaten 13 101 000. 1 g Feingold 3 815 100 (109 000).

Die polnische Mark am 18. 12. 23. Danzig: 0.947—0.953 (Parität: 1 051 000). Auszahlung Warschau 0.823—0.832 (Parität: 1 205 000). Wien: Ausz. Warschau 80—100 (Parität: 111.10). Prag: Ausz. Warschau 4.75—6.25 (Parität: 1819 0). Budapest: 0.30—0.40 (Parität: 286). London: Auszahlung Warschau 0.0000416 (Parität: 24 000 000). Riga: Auszahlung Warschau 0.30 (Parität: 3.33).

Berliner Börse vom 18. Dezember. (In Millionen Mark. Wien und Budapest in 1000 Mk.) Amsterdam 1 596 000 Brüssel 191 520 Christiania 630 420, Kopenhagen 748 125 Stockholm 1 105 230, Helsingfors 103 740, Italien 183 540, London 18 534 000, Neuyork 4 189 500 Paris 221 445, Schweiz 730 170 Spanien 553 620 Japan 1 985 025, Wien abgest. 59 850, Prag 125 685, Budapest 220 447, Bulgarien 29 925, Jugoslawien 47 830.

Ostdevisen in Berlin vom 18. Dezember. Freiverkehr. In Millionen, polnische in 1000. Auszahlung: Bukarest 21 144 G. 21 356 B., Riga 16 277 G., 16 523 B., Reval 10 520 G., 10 680 B. Kowno 415 800 G. 424 200 B., Kattowitz 641 G., 659 B. — Noten: polnische 633 G., 667 B., lettische 15 800 G., 16 100 B., estnische 9750 G., 10 250 B. litauische 400 G., 420 B.

Züricher Börse vom 18. Dezember (Amtlich) Neuyork 5.735, London 25.09, Paris 30.05, Wien 0.008075, Prag 16.80, Mailand 24 875, Brüssel 26.25, Budapest 0.03025, Sofia 4.05, Amsterdam 219.—, Christiania 86.25, Kopenhagen 102 125, Stockholm 151.—, Madrid 74.875, Bukarest 2.90, Berlin 0.125, Belgrad 6.525, Athen 9.90, Konstantinopel 3.09.

Wiener Börse vom 18. Dezember. (Polnische Werte in 1000 Kr.) Praźnica 176—180, Tepege 67—68.5, Montany 178, Zieleniewski 290, Apollo 886, Karpaty 470, Fanto 4090, Galicja 27 500 Schodnica 1450, Limen 62.7, Bank Hipoteczny 165, Kolej Północna 19 800, Nafta 2500, Lwów—Czerniowce 351, Bank Małopolski 19 Browary Lwowskie 250.

Berliner Börsenbericht

vom 19. Dezember.

Disk.-Kom.-A.	20 Bill. — Milliard.	Ausz. London	18 Bill. 400 Milliard
Polnische Noten	—.—	„ Neuyork	4 Bill. 200 Milliard
Auszahlung Holland	630 000		

Danziger Mittagskurse vom 20. Dezember.

1 Million poln. Mark	0,987 Gulden
1 Dollar	5,83 „

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

Bankaktien:	20. Dezember	18. Dezember
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em. exkl. Kup.	300—325	—.—
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	350—450	300—310
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	650—700	550—580
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	320—400	200—250—230
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	100	65—70
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	9—10	8
Bank Młynarzy	30—33	20—23
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	180—300	170
R. Barcikowski I.—VI. Em.	55—60	50
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. ohne Kupon	430—500	400
H. Cegielski I.—IX. Em.	140—190	90—100
Centrala Rolników I.—VII. Em.	30	18—20
Centrala Skór I.—V. Em	300—350	220—270
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	8000—8200	—.—
Dębiensko I.—IV. Em.	200	—.—
Galwana	35	26
Garbarnia Szwicki Opalenica I. Em.	60—65	55
Goplana I.—III. Em	190—220	190—200
C. Hartwig I.—VI. Em. ohne Kup.	65—75	55—60
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	380	250
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	—.—	12
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em	15	15
Hurtownia Skór I.—III. Em.	50	42,5
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Kup.	575—700	550
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	47—48	40
Iskra I.—III. Em.	220—260	200—210
Len w Toruniu ohne Bezugsr.	200	—.—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	10 400	7 600—7 800
Dr. Roman May I.—IV. Em.	4 500—6 000	3 750—3 900
Młyn Poznański I.—IV. Em.	—.—	80
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	150—170	110—100
Młynotwórnia I.—V. Em.	150—170	110—120
Orient I.—II. Em.	—.—	100
S. Pendowski I.—III. Em.	60	—.—
Płótno I.—III. Em.	140—175	85—90
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	80	60
Patria I.—VIII. Em.	310—330	280—350
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	175—200	130—140
Pneumatik I.—IV. Em. Ser B o. B.	25—32	19—25
Sarmatia I.—II. Em.	450	—.—
Syndykat dla Handlu z Zagr. I.—III. Em.	15	10
Starogradzka Fabr. Mebl. I.-II. Em. exkl. Kup.	75	70
Tkanina I.—IV. Em.	60	—.—
Tri I.—III. Em.	125	125
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	900—1 800	800—815
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	350—400	320—330
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	1 700—2 200	1 525—1 550
Wytwórnia Chemiczna I.—IV. Em.	35	21
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	170—250	170

Tendenz: steigend.

Danziger Dollarparität, errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 20. 12. 23. 1 Dollar in Polen = 5 900 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 1 405 000 Mkp.

Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 20. 12. 23 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 1 437 500 Mkp.

Warschauer Vorbörse vom 20. Dezember.

Deutsche Mark —. Dollar 6 038 000. Engl. Pfund 26 700 000. Schweizer Franken 1 060 000. Französische Franken 320 000.

Warschauer Börse vom 19. Dezember.

Devisen:

Belgien	292 500—280 000	Paris	335 000—332 500
Berlin und Danzig	—.—	Prag	183 000—176 950
London	23 000 000—26 650 000	Schweiz	1 140 000—1 060 000
Neuyork	6 500 000—6 100 000	Wien	80,50—8 80
Holland	2 325 800	Italien	275 000—265 000
Goldfrank	1 203 250	Złotybons	—.—